

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 10.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432. Geschäftsinsereate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 12. Mai 1906.

Verlag: A. Pohrborg, Hannover, Mühlstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Mühlstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

Bekanntmachung.

Kollegen und Kolleginnen!

Im Oktober vorigen Jahres beschloß Vorstand und Ausschuß, einer Extrabeitrag von 30 und 20 Pf. pro Woche für die Dauer von 10 Wochen zu erheben. Den Anlaß zu dieser Extrasteuer gab die Ausperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie. Diese wurde bald beendet, so daß nur die Hälfte der Extrasteuer zur Erhebung kam. Der Vorstand gab bekannt, daß die Einziehung der verbleibenden 5 Wochenbeiträge zu einer späteren Zeit erfolgen solle. Diese Zeit erachten wir nun für gekommen. Wir schreiben diese Extrasteuer aus für alle in Arbeit stehenden Kollegen; die Verbandsgenossen, die die ersten 5 Wochenbeiträge noch nicht geleistet, sind ersucht, nunmehr die Bezahlung vorzunehmen. Zeige kein Kollege Mangel an Opferfreudigkeit.

Mit toll. Gruß

Für den Vorstand:
August Brey.

Warum sind die Papierfabrikarbeiter so schwer zu organisieren?

In dem im Dezember vorigen Jahres erschienenen Artikel: „Aus der Papiererzeugungs-Industrie“ ist schon darauf hingewiesen worden, was die besonderen Merkmale aller Papierfabriken sind: 1. Eine außerordentliche Rentabilität. 2. Geringe Löhne, lange Arbeitszeit. 3. Eine bedürfnislose, schwer zu organisierende Arbeiterschaft. 4. Mächtigste Feindschaft der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisation.

Die folgenden Ausführungen sollen sich lediglich mit dem 3. und 4. Punkt befassen, um zu zeigen, welches die Ursachen der Rückständigkeit der Papierfabrikarbeiter sind.

Die Papierfabrikarbeiter rekrutieren sich größtenteils aus der ländlichen Bevölkerung. Nach Verlassen der Schule geht der junge Mensch in die Papierfabrik. Bis zum 16. Jahre wird er als Bogenfänger, als Rollenabpufer usw. beschäftigt. Schon in dieser Zeit, vom Entlassen aus der Schule bis zu seinem vollendeten 16. Jahre, wird er so abgepaßt, daß eine geistige Fortbildung ausgeschlossen ist. Die Pausen, die die jugendlichen Arbeiter haben müßten, sind gleich Null, denn Räume, wo die Maschinenten eingenommen werden sollen, gibt es gewöhnlich nicht und so sind sie gezwungen, in den Arbeitsräumen ihr Brot zu verzehren. Dadurch wird schon der jugendliche Arbeiter an die 12stündige Arbeit gewöhnt. Hat er dann das gesetzliche Alter von 16 Jahren erreicht, so kommt er an die Papiermaschine, und zwar als Pressenstecher (Siebinger). Dieser Posten ist besonders abtumpfend. Hier steht oder sitzt er nun die ganze Woche von früh 6 bis abends 6 Uhr und umgekehrt. Auch ist es keine Seltenheit, daß er 18 Stunden seiner Tätigkeit obliegen muß. Nach anderthalb bis zwei Jahren avanciert er zum Maschinengehülfen. Hierbei legt er sein Examen ab, ob er auch 18 und 24 Stunden arbeiten kann. Dieses Examen besteht jeder, denn es getraut sich keiner zu sagen, ich habe es in 12 Stunden satt. Es ist ihm schon zur zweiten Natur geworden, eine solche lange Arbeitszeit als was besonderes nicht anzusehen. An der Maschine verbringt er nun den größten Teil seines Lebens.

Würden wenigstens diese Arbeiter einen vollen Sonntag haben, so hätten sie doch einen Tag in der Woche Zeit, sich geistig und körperlich zu erholen, aber dem ist nicht so, denn die eine Woche hat der Maschinenarbeiter Nachtschicht, dann ist der Sonntag für ihn verloren, da er erst früh morgens nach Hause kommt. Hat er Tageschicht, so muß er morgens 6 Uhr ebenso in die Fabrik, wie Wochentags. Diese Arbeiter werden gemacht, damit es die ganze Woche ununterbrochen wieder gehen kann. Vor 10 Uhr, ja bis nachmittags 2 und 3 Uhr können sie nicht nach Hause, und so ist auch für diese der Sonntag verfehlt. Eigentlich ist der Sonntag nur für die Maschinen da, denn die werden gereinigt, geölt und in guten Zustand versetzt. Aber bei den Arbeitern wird nicht danach getrachtet. Die Löhne (23, 24 und 25 Pf.) sind so bemessen, daß es auch keinem zu wohl wird und daß sie noch froh sind, wenn sie Extrastunden arbeiten können. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß sie mit solchen schlecht bezahlten Arbeitern verfahren können, wie sie wollen. Die Arbeiter sehen sich mit Neid und Mißgunst an, wenn der eine durch längere Arbeitszeit mehr Lohn hat. Dann sind die Unternehmer befreit, sich eine gefügige Arbeiterschaft dadurch zu schaffen, daß sie ab und zu mal ein Fabrikfest geben, sie wechseln mit diesem oder jenem Arbeiter einen Handdruck oder ein freundliches Wort und die Arbeiter fühlen sich in den Himmel gehoben. Auch haben viele Papierfabriken Gesangsvereine, der Chef gibt jeden Monat einige Mark in die Kasse und dafür lassen sie ihn hochleben und sind des Lobes über ihn voll. Wehe demjenigen, der einmal sagen würde: Was er was gibt, hat er uns dreifach

abgeschunden, er würde von seinen Kollegen sofort verraten. Ist doch in einem Statut eines solchen Fabrikgesangsvereins ein Paragraph enthalten, welcher ungefähr lautet: „Wer das gute Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeitern stört, wird aus dem Verein ausgeschlossen. Wie die Behandlung während der Arbeitszeit ist, braucht kaum noch beschrieben zu werden, denn eine Arbeiterschaft, die zum Teil rückgratlos, feige und unmännlich ist, ist eine gute Behandlung nicht wert. In einer Papierfabrik Sachsens hatten einige mutige Arbeiter eine Lohnforderung gestellt, der Chef läßt ein Duzend Arbeiter zu sich kommen, herrschte sie kräftig an und frug, ob sie mit ihrem Lohn zufrieden seien, und sie antworteten prompt mit einem kräftigen: Jawohl!

Ein menschenwürdiges Leben ist aber mit derartigen Löhnen nicht zu führen, und so muß die Frau mit auf Arbeit. Diese Eheleute leben tatsächlich nur eine Woche um die andere einmal zusammen. Hat der Mann Nachtschicht und geht früh nach Hause, so geht die Frau auf Arbeit. Und das ist die gute Woche, denn da sind die Kinder nicht ohne Aufsicht, auch braucht kein Geld wie in der anderen Woche, wo beide Eheleute bei Tag auf Arbeit gehen, für fremde Aufsicht ausgegeben zu werden. Diese Familien stehen sich in Verhältnis zu anderen, wo die Frau wegen zu großen Kindersegen nicht mit auf Arbeit gehen kann, gar nicht schlecht, sondern sie können die von den Unternehmern oder Gesangsvereinen veranstalteten Vergnügen mitmachen. Das ist die erste Klasse der Papierfabrikarbeiter. An ihrer Spitze stehen die Maschinenführer mit einem Gehalt von 120 bis 160 Mark pro Monat. Die zweite Klasse sind die Arbeiter, die nebenbei etwas Feldwirtschaft betreiben. Diese müssen aber doppelt so viel arbeiten wie andere, und bei diesen ist es selbstverständlich ausgeschlossen, sich durch eine gute Zeitung oder andere Lektüre zu bilden. Machen sie aber aus Mode mit, daß sie eine Zeitung halten, so ist diese gewiß eine Zeitung, wo sie glauben, sich mit 1000 Mt. versichert zu haben. Diese zwei Klassen sind für die moderne Arbeiterorganisation sicher zu haben. Die dritte Klasse, die direkt aus der Hand in den Mund lebt, die von ihrem geringen Lohn alles bestreiten muß, die Frau wegen zu großen Kindersegen unmöglich mit auf Arbeit gehen kann, die keine Unterstützung von Eltern haben usw., werden von ihren besser gestellten, oben bezeichneten Mitarbeitern von oben herunter angesehen. Und gerade bei dieser dritten Klasse sind viele, die sich gern organisieren. Für sie ist es jedoch schwer, an Boden zu gewinnen, weil sie, wenn sie für ihre Sache Propaganda machen wollten, an die Luft gesetzt würden. Der Unternehmer hat mit der ersten und zweiten Klasse einen Stamm geschaffen, der es ihm ermöglicht, das Streben nach Verbesserung im Keime zu erstickten. Auch wird er dabei von den Arbeitern der ersten und zweiten Klasse unterstützt. Jeder hat aber dabei den Hintergedanken durch Fuchschwänzereien und Angebereien einen Pfennig Lohnzulage zu ergattern.

Einen günstigen Unterschied von den Maschinenarbeitern machen die an den Kalandern beschäftigten Leute. Unter diesen ist Solidarität zu finden. Das kommt wohl mit derer, weil die meisten schon in mehreren Betrieben gewesen sind. Wenn auch bei diesen Arbeitern die 12stündige Arbeitszeit üblich ist, so können sie doch ihr Essen ruhiger einnehmen wie bei den Maschinen. Die Kalanders, auch die Schneidemaschinenarbeiter sind geistig viel freischer. Bei diesen sind Organisierte zu finden, auch lesen viele die Parteizeitung. Aber die größte Ruhe muß auch hier beobachtet werden, daß sich keiner verlauten läßt, er sei ein Unzufriedener. Ebenso rückständig wie die Maschinenarbeiter sind die Holländerleute.

Das sind die Ursachen, daß die große Masse der Papierfabrikarbeiter so schwer zu organisieren ist. Sind diese Massen für die Arbeiterbewegung gewonnen, so wäre das ein großer Schritt nach vorwärts. Hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo auch diese Kollegen den Wert der Worte erkannt haben, die da lauten: Arbeiter, vereinigt euch!

Wirtschaftliche Rundschau.

Gute Beschäftigung bei Steigerung der Rohmaterialienpreise: in den Textilindustrien, in den Montanergewerben und anderen Industrien. — Der Reichkapitalmarkt und San Francisco.

Die Unternehmerpresse scheint das heuchlerische Spiel allmählich aufzugeben: durch den Hinweis auf den 1. März und die furchterliche — und noch dazu selbstgewollte! — kapitalistische Bedrängnis unter dem neuen Zollregime die Arbeiter treu zu führen und von Lohnbewegungen abzuhalten, weil die „rückläufige Konjunktur“ schon in voller Stärke gekommen und deshalb jede Hoffnung auf weitere Lohnsteigerung preisgegeben sei. Das ökonomisch gute Wetter ist zu augenscheinlich, als daß man an dieser verlogenen Taktik beliebig festhalten könnte.

Greifen wir die Textilindustrien heraus, so war die fortgesetzte Aufwärtsbewegung — nicht nur in Deutschland, sondern international allgemein — eine so rege, daß die Beschaffung des Rohmaterials weh und mehr Sorgen bereitet. In erster Linie gilt das von der Leinwandindustrie, in der die Nachfrage nach dem Rohstoff selten so nachdrücklich überwogen haben wird. Die deutschen Wollen werden

sehr hoch bezahlt, weil sie, was bessere Waren anbelangt, vielfach unentbehrlich für die Fabrikation sind. Doch mag man hier dem Rohstoff-Produktionsrückgang die Preissteigerung zuschreiben. Anders bei den überseeischen Wollen, deren hohe Notierung gleichfalls anhält, obwohl die Schur in Australien gut und reichlich ausgefallen sein soll und die Wollpreise in der Notung dieses Umstandes nicht locker lassen, um eine Abmilderung der Preise zu erzielen. „Die Londoner Wollauktion“ — lasen wir vor einigen Tagen in einem sachmännlichen Bericht — „schloß ungemein fest, ebenso wiesen die Berichte von den belgischen, französischen und englischen Wollmärkten von flottessem Verkehr bei stetig steigenden Preisen für alle Wollsorten, für Kammszüge und nicht minder für Kammwolle und Wollabfälle zu melden. Wollumpfen und Kunstwollen weisen gleichfalls wesentlich höhere Preise auf.“ Selbst der „nahe Uebergang von einer Saison zur anderen, der mit seinen Verkaufsmaßnahmen, Geschäftsbewidlungen und Neumusterungen stets einen gewissen Stillstand bringt, ändert das günstige Bild nicht. Vor allem scheint das Tuchgewerbe flott beschäftigt in der Provinz Brandenburg, in der Lausitz und den Rheinländern, im Königreich Sachsen; nicht einmal der Auslandsabsatz soll hier, nach dem 1. März, den fälligen zeitweisen Rückgang, nach vorheriger Ueberausfuhr, erlitten haben. Am meisten scheint die leistungsfähige Erwartung noch in der Wirkwarenbranche eingetroffen zu sein, bei der einzelne Zweige überaus stark am Export interessiert sind und wo ferner der Export nach Amerika, in Befürchtung eines Zollkrieges, äußerst gewichtig in die Waagschale fiel, bis das handelspolitische Provisorium Klarheit über die nächsten Monate brachte. Im großen und ganzen wird man von den Wollgewerben sagen können, daß eine größere Ruhe höchstens da zu bemerken ist, wo die höheren Preisforderungen der Fabrikanten, die sich wiederum auf die gestiegenen Rohstoffpreise stützen, die Unternehmer vorläufig noch zum Abwarten veranlaßt. Aber in dieser Weise spielt sich doch keine dauernd „rückläufige Konjunktur“ ab! Bismarck schreit lauten allerdings die Mitteilungen aus der Wand- und Leinwandindustrie des Wuppertales und aus der ergebnisreichen Posamentenindustrie — zwei Gewerbezweige, die stets, oft bloß infolge wechselnder Modellen, großen Schwankungen unterworfen waren; für den Auslandsmarkt beklagen sie zudem die noch billigeren österreichischen Konkurrenz. — Die Baumwollindustrie macht in England wieder eine Reflektion durch, was natürlich die Unternehmer auch dort nicht hindert, ihre Absatzverlegenheiten grau in grau zu malen, um die Erhöhung der Grundlöhne der kollektiven Lohnverträge, wenigstens in dem geforderten Maße, zu verhindern.

Auch unsere großen Montanergewerbe haben keine Ursache, zu klagen.

In dem eben erstatteten Geschäftsbericht des rheinisch-westfälischen Kohlenhändlers wird der Verlauf des Märzgeschäftes als „recht befriedigend“ bezeichnet. Der rechnungsmäßige Absatz betrug arbeitstäglich 219 717 Tonnen, gleich 86,58 Proz. der Beteiligung, und hat damit die höchste Ziffer des Vorjahres, die im Dezember mit arbeitstäglich 211 943 Tonnen, gleich 83,35 Proz. der Beteiligung, erzielt wurde, ganz erheblich überholt. In Köln wurden 92,71, in Brüssel 88,77 Proz. der Beteiligung abgeleht. Dabei kamen im März, wie der Syndikatsbericht ausdrücklich betont zu müssen glaubt, die Wechsellieferungen nach Frankreich, als Gegenwirkung gegen die dortigen Produktionsausfälle durch den Streik, noch nicht sonderlich in Frage, aus dem einfachen Grunde, weil wohl der Beginn des Monats nach den Anspannungen des Januar und Februar eine gewisse Ermattung gebracht hatte, nicht aber der letzte Teil der Märzperiode, während dessen schließlich die Befriedigung aller Anforderungen auf Schwierigkeiten stieß. Anzeichen hat dieser befriedigende Beutezug des Syndikats also erst im April stärker eingeleitet.

In der letzten Versammlung des Stahlwerksverbandes, am 19. April, wurden „mit Rücksicht auf die außerordentlich starken Arbeitsmengen“ die Beteiligungsziffern für Stabeisen, Bleche und Rohren um je 4 1/2 Prozent, für Walzdraht um 5 1/2 Prozent erhöht. Aus dem Bericht des Vorstandes ist nach den Zeitungsmittellungen folgendes über die Marktlage zu ersehen: Die Verbandswerke sind in Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen sehr stark beschäftigt und müssen zur Bewältigung der vorliegenden Arbeit ihre ganze Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen. Der Absatz im März überreicht in allen drei Produkten die höchste bis jetzt dagewesene monatliche Verkaufsziffer. Das Inlandsgeschäft in Halbzeug ist andauernd günstig. Nachdem der Verkauf für das dritte Quartal zu den bisherigen Preisen Ende vorigen Jahres freigegeben ist, ist bereits ein großer Teil des Bedarfs für diesen Zeitraum eingedeckt. Vom Auslande, wo in letzter Zeit etwas Ruhe im Geschäft herrschte, laufen neuerdings wieder Anfragen ein, und zwar für Lieferungen bis in das vierte Quartal. In Eisenbahnmaterial ist der Bestand an Aufträgen sehr umfangreich. Das Inlandsgeschäft in Formeisen entwickelt sich sehr gut. Der Eingang an Spezifikationen ist zurzeit recht lebhaft. Für das zweite Quartal ist der Bedarf in der Hauptsache gedeckt. Der am 1. April vorliegende Auftragsbestand deckt den vollen Bedarf für diesen Zeitraum. Das Auslandsgeschäft in Formeisen war zufriedenstellend. In der Tüchtigkeit neuer Abchlüsse tritt zurzeit etwas Ruhe ein, da der Bedarf für das erste Halbjahr im allgemeinen gedeckt ist. „Der Abzug ist sehr bedeutend, woraus zu schließen ist, daß ein Nachlassen des Bedarfs nicht eingetreten ist und eine weitere günstige Preisentwicklung in Aussicht steht.“ So der Bericht, der wahrlich nicht nach kapitalistischer Bedrängnis aussieht.

Vielmehr hört man sogar, wie auf dem Gipfel der letzten Hochkonjunktur, wieder Klagen über Rohstoffmangel, obwohl dieser — bei der unterdes enorm gestiegenen Leistungsfähigkeit der Produktion — nur vergänglich-zufälliger Natur sein konnte. Aber in allen Branchen der weiterverarbeitenden Gewerbe hält infolge der flotten Tätigkeit eine starke Güternachfrage an. Die Bauwirtschaft ist ein rege geblieben, so daß Träger und Erzeugnisse der Kleinindustrie davon profitieren. Die elektrotechnische Industrie steht hoch über dem Vorjahre. Der Maschinenbau vermag mit reichlichen Aufträgen zu rechnen. Die Schiffswerften schaffen mit Woll dampf. Was will man mehr? Weil die Herrlichkeit nicht ewig dauern kann, deswegen brauchen die Arbeiter sich doch nicht die bessere Gegenwart auch noch entschließen zu lassen! Als Symptom der flotten Tätigkeit weisen wir auch hier auf das Anziehen der Rohmaterialienpreise fast aller Metalle, in erster Linie des Kupfers hin, dessen Weltproduktion abermals, trotz der neuerlichen Erzeugung so vieler Fundgruben und trotz der stärkeren Ausbeutung der alten Gruben, hinter dem internationalen Bedarf der Elektrotechnik, des Maschinen- und Schiffsbauwesens, der Munitionsherstellung und so vieler anderer Berufsweige zurückbleibt.

Zunächst fällt nur ein stärkerer Vermutstropfen in den Freudenbecher der Produktionsunternehmer: die leichtere Zugänglichkeit des Reichkapitals, die allgemeine Hinzufuhrabhebung ist ein frommer Wunsch geblieben. Man glaubt, nach der politischen Berührung

am Ende der Marocco-Konferenz würden die großen Zentralbanken wieder ihre Hand leichter öffnen. Die Bank von England ermäßigte in der Tat am 5. April ihren Diskont von 4 auf 3 1/2 Prozent. Aber die anderen Banken folgten nicht, und in England geriet man sogar rasch in Verlegenheit, weil die internationale Leihkapitalnachfrage sich mit unerwünschter Wucht diesem „Punkt des geringsten Widerstandes“ zuwandte. Soeben entwickelt die Katastrophe von San Francisco ganz unerhörte Geldanforderungen, die, vom vorher schon stark angepannten amerikanischen Finanzzentrum New York zurückfließend, auch den europäischen Geldmarkt außerordentlich in Anspruch nehmen — schon wegen der fällig werdenden, den europäischen Versicherungsgesellschaften zu leistenden kolossalen Versicherungssummen. Das sieht zunächst nicht danach aus, als ob sobald der Produktion das Leihkapital bequemer und billiger zur Verfügung stehen werde. Aber bei wirklich gutem Produktions-Geschäftsgang weiß man diese Mehrbelastung mit Würde und Ruhe zu tragen.

Berlin, 22. April 1906.

Max Schuppel.

Das Fazit von Breslau.

Starres Entsetzen war die erste Empfindung, die bei uns die Nachricht auslöste von dem Zusammenstoß, der zwischen der Breslauer Polizei und den ausgesperrten Arbeitern und unbeteiligten Passanten Ende April stattgefunden. Doch das Entsetzen ward bald verdrängt von dem lobenden Jörn, der grimmigen Empörung, die uns packte, als wir die Einzelheiten erfuhren.

Trotz doch hierbei wiederum klar zutage, daß bei wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern die letzteren nicht nur ihre gewaltige wirtschaftliche Uebermacht, die der Besitz verleiht, gegen die Arbeiter in der rücksichtslosesten Weise auszuspielen, sondern daß ihnen zu demselben Zwecke auch alle organisierten Machtmittel des heutigen Klassenstaates zur Verfügung stehen: Polizei, und wenn es not tut, gleichfalls Militär.

Ist diese Tatsache schon eine hübsche Illustration der „Gleichberechtigung“ aller Staatsbürger, so liefern eine Reihe von Einzelheiten des blutigen Vorkommnisses — die glatt abgehauene Hand eines Arbeiters, der schon die Treppe zu seiner Wohnung zum Teil erklimmen hatte, als ihn der jähergefallene Polizeijäbel traf, ferner die Tatsache, daß die meisten Verletzungen den Arbeitern von hinten beigebracht wurden, als sie sich schon auf der Flucht befanden usw. — so liefern also diese Einzelheiten einen herrlichen Beweis für die „Richtigkeit“ des Fojadomsky'schen Ausspruches über Deutschland als das Land der „vollendetsten Rechtsgarantien“.

Aber dies trübe Breslauer Geschehnis, sowie die Beurteilung, die das Vorgehen der Polizei in einem Teil der bürgerlichen Presse fand, lehren uns ein weiteres aufz neue, nämlich daß innerhalb unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Bevölkerung in zwei scharf voneinander getrennte Klassen gespalten ist, deren Interessen sich diametral gegenüberstehen, die sich aber auch nicht mehr verstehen, wenn gleich sie dieselbe Sprache reden. Zum Beweise für unsere diesbezügliche Behauptung möchten wir hier im Auszug die Aeußerungen des Generalmajors z. D. Richard Graf v. Pfeil wiedergeben, die dieser in der frommen „Schlesischen Morgenpost“ am 24. April veröffentlichte. Er sagt:

Der Polizeibericht über den Breslauer Arbeiteraufruhr macht auf den Leser, wenigstens auf den mit der augenblicklich in Breslau herrschenden Stimmung nicht vertrauten, einen eigenartigen Eindruck. Nach einigen Stellen glaubt man fast, die Polizei wolle sich gegenwärtig rechtfertigen, was wahrscheinlich nicht notwendig ist. Da heißt es u. a.: ... und wiederholt wurden die aufgereagten Menschen aufgefordert, auseinanderzugehen. Jedoch nur Schreien, Hohnen war die Antwort. Als schließlich noch Stühle, Tische, Kohlenfässer u. dergl. gegen die Beamten geworfen wurden, blieb nichts anderes übrig, als nunmehr mit der blanken Waffe vorzugehen.

Das klingt wirklich fast wie eine Rechtfertigung, obwohl die Polizei volle Verantwortung hatte, schon eher, als ihre wiederholte Aeußerung verstanden wurde, mit der blanken Waffe vorzugehen, also bevor ihre Beamten durch Wärfen mit allerlei Gegenständen angegriffen wurden.

Dann heißt es weiter bezüglich der aufgeregten Menge: ... wobei von der Waffe allerdings ausgiebiger Gebrauch gemacht werden mußte, wobei leider mehrere schwere Verwundungen entstanden.

Es versteht sich, „leider“ nicht! Warum anschließend jedoch, wiederum wie eine Art Rechtfertigung klingen: ... über auch Polizeibeamte erlitten ziemlich erhebliche Verletzungen.

Wie als alten Soldaten erscheint es nicht recht verständlich, daß, wenn man, sei es Truppe oder Polizei, „ausgiebigen Gebrauch von der Waffe macht“, hieran das Bedauern geknüpft wird, daß die Waffe — meines Erachtens nach glücklicherweise — so gewirkt hat, wie sie wirken soll. Doch würde ich den Satz begreiflich finden: ... wenn erlitten auch Polizeibeamte ziemlich erhebliche Verletzungen.

Das den Schluß des Polizeiberichts enthält, nach dem einem Arbeiter „durch einen unglücklichen Zufall“ die linke Hand abgehauen wurde, so ist nicht zu verstehen, ob der Verwundete einer der Arbeiter war, die der Polizei handgreiflichen Widerstand entgegensetzten und ob die Verwundung durch den Hieb eines Schusswafens erfolgte. Vielleicht ist es hier aber so, wie es der Zufall ist, so kann ich mich nicht daran erinnern, unglücklichen Zufall ist. Wenn es um geistlichen Aeußerung der Waffe gegen einen Schuldigen kommt, so ist selbst der Todesstrafe kein „un- glücklicher Zufall“.

Es versteht sich für solche Fälle zunächst die verhältnismäßige Anwendung von Gewalt. Sind aber zur Waffe gezwungen, so ist das — wenigstens nach geltendem Recht — nicht geschehen werden. Das — die Anwendung der Waffe — so etwas kann man behaupten — die mit glücklicherweise nicht bezeugen — mit deren Folgen (Körper) ... nicht aber Unfähigkeit präzisieren Schuss- waffen.

Wir fügen dem Erguß dieses „gebildeten“ hohen Militärs die Worte der Krän bei, er hat sich selbst gerichtet. Und dieser Erguß, trotzdem selbst die meisten bürgerlichen Berichterstatter unumwunden erklären, die Polizei sei nicht angegriffen worden.

Wir wollen die politische Seite der Frage hier nicht erörtern, wie wohl das sehr interessant wäre, sondern nur die gewerkschaftliche. Jedoch gestatte man uns einen Hinweis auf die Art. Die enorme Polizeibestellung des Reichslandes, die sich zum Ausdruck kommt in der Aufhebung an die Soldaten, gegebenenfalls auf Befehl am Vater und Mutter zu schicken, sie zeigt sich ebenfalls in dringender Weise in der obigen hohen Auslassungen des General- majors, sowie — in dem Vorgehen der Polizei. Sind

hoch die Polizisten fast ausnahmslos Kadulanten, die 6, 9 oder gar 12 Jahre lang in diesem Geiste der Volkseindlichkeit erzogen wurden. Ein Fingerzeig für die Arbeiterschaft, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern gewerkschaftlich und politisch zu betätigen, um auf beiden Gebieten durch die Macht, die im Zusammenschluß liegt, sich eine umfassendere Vertretung ihrer Interessen zu sichern.

Welche Lehre für uns gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aber enthält der ganze Vorgang, sowie seine Fruchtbildung in der bürgerlichen Presse à la „Schlesische Morgenpost“? Daß in zunehmendem Maße unter der Herrschaft des Kapitals alle persönlichen Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter aufhören und an deren Stelle die kalten, unpersönlichen, sachlichen Beziehungen treten, die ihren Ausdruck finden in der Arbeitsleistung einerseits und der Lohnzahlung andererseits. Abgesehen von wenigen weißen Raben, können die Unternehmer es nicht lassen, daß sie in dem Arbeiter den gleichberechtigten Staatsbürger, den denkenden, fühlenden Menschen achten sollen, wogegen sie in ihm nur die mehrwerterschaffende „Hand“, die belebte Arbeitsmaschine sehen.

Kein Wunder, wenn sie, die Unternehmer, in der Folge alle Rücksicht auf Leben, Gesundheit und Wohlergehen des Arbeiters hinteransetzen. Daß sie lediglich demüßt sind, die Anschwellung des Goldstromes zu bewirken, den die mühevollen, oft gefährlichen Arbeit ihrer Lohnsklaven in ihre Taschen leitet, unbekümmert darum, ob das Gelatomen von Menschenopfern erfordert, unbekümmert darum, ob der Blutstrom aus Arbeiterleibern beständig answillt. Kein Wunder, wenn sie suchstenjelmild werden, wie der Stier beim Anblick des roten Tuches, sofern die Arbeiter, die in ihren Augen nur sprachbegabte Arbeitstiere sind, es wagen, gegen den Stachel zu lösen, sie in ihrer „kulturfördernden Arbeit“ des Profitheides zu fördern durch Lohnforderungen. Oder wenn diese „Kanakillen“ es gar wagen, Lohnherhöhungen und Arbeitszeitverkürzung gleichzeitig zu fordern mit der Begründung, sie wollten ein wenig Zeit zum Menschsein, Mittel zum Sattessen, oder — man denke gar, zu einer bescheidenen Anteilnahme an den Kulturzureichungen haben —, welche Freiheit! Solche Unbotmäßigkeit muß gerochen werden:

Ausperrten die Kerle, damit der Hunger sie fette macht, damit die Kräfte ihrer Organisation geleert werden! Denn unglaublich, diese Frechlinge haben sich organisiert, haben sich einen Kampfbund geschaffen; sie wagen es, „ihrem Herrn“ die Stirne zu bieten, — die Organisation muß zertrümmert werden, mit dem einzelnen wird man dann schon fertig, dem wird gezeigt, wer „Herr im Hause“ ist! So lautet jetzt die Parole der Scharfmacher. Und Polizei und Militär sind nötigenfalls auch noch da, um „helfend“ einzugreifen, — mein Herz, was willst du noch mehr?

Und angesichts dieser Sachlage gibt es noch Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Meinung sind, sie hätten es nicht nötig, sich am gewerkschaftlichen Kampfe zu beteiligen, oder die den Kampf gar ganz verpönnen, wie die Hirsch-Dunderschen und Christlichen. Wir verneinen, die durch die Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Unternehmer und ihrer Helfershelfer immer mehr verschärften wirtschaftlichen Kämpfe, sie schreien es mit Donnerstimme allen Unterdrückten und Ausgebeulerten ins Ohr: Willst du nicht ganz zum Heloten werden, so suche deine Widerstandskraft zu verstärken durch den Zusammenschluß mit deinesgleichen. Laß keine Gelegenheit vorbegehen, für deine Organisation zu werben, an ihrem Ausbau tätig zu sein. Wollen deine Kräfte erlahmen, so muß die Empörung ob der erlittenen Unbill, der täglich brüderlicher werdenden Ausbeutung, der grausamen, rücksichtslosen Bekämpfung, dich zu neuer Tätigkeit aufpeitschen. Die Interessensolidarität, sie predigt uns täglich, stündlich: Proletarier aller Länder und jeden Berufes, vereinigt euch!

L. Z.

Chemische Industrie.

— **Trupfbildung in der Anilinindustrie.** Es stehen sich in der Teer-Farbstoffindustrie bekanntlich zwei große Konzerne gegenüber. Auf der einen Seite die Badische Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen (Aktienkapital 21 Millionen), die Farbwerke vorm. Friedr. Bayer u. Ko. in Elberfeld (9 Millionen), die Aktien-Gesellschaft für Anilin-fabrikation in Dreptow (21 Millionen), auf der anderen Seite die Farbwerke vormals Meister, Lucius u. Brüning zu Höchst (22,5 Millionen) und die Kommandit-Gesellschaft auf Aktien Leopold Casella u. Ko. (20 Millionen). Bei dem ersten Konzern wird der erzielte Gewinn zusammengeworfen und prozentualiter verteilt, bei dem letzten besteht die Verbindung in einer gegenseitigen finanziellen Beteiligung. Gründe für den Zusammenschluß dieser Interessengemeinschaften waren: die Einschränkung der Konkurrenz, die Verteilung der Absatzgebiete, Rohstoffaustausch, Unterstützung von Patent- und Lizenzfragen, gemeinsame Errichtung von Fabriken im Auslande. Wenn nun auch eine Interessengemeinschaft, die anfänglich nur zwecks gemeinsamer Ausschüttung des Gewinnes gegründet wurde, die Tendenz zu engerem Zusammenhänge in sich trägt, so ergeben sich doch innerhalb der beiden Konzerne gewisse Schwierigkeiten, weil die einzelnen Unternehmungen noch zu ungleich arbeiten. Besonders im Konzern Elberfeld, Ludwigshafen, Dreptow sind die Produktionsmethoden ganz verschieden. Jedoch ist eine Annäherung beider Konzerne zwecks Bildung eines Trupfs schon eher zu erwarten, zunächst wegen der Konkurrenz von Ansehensleuten, die bei dem verhältnismäßig geringeren Umfange der konkurrierenden Unternehmungen einzeln zwar keine ernsthafte Gefahr bieten, aber doch den ersten Anlaß zur Trupfbildung gegeben haben. Im Jahre 1905 wurde nämlich eine Indigopreisconvention zwischen den Badischen Anilinfabriken und den Höchst Farbwerken abgeschlossen. Da die Chemischen Fabriken von Heyden, Aktiengesellschaft in Kadeburg bei Dresden, die farblichen Indigo nach eigenem Verfahren herstellen, mit einer Preisherabsetzung drohen, ist die Konvention, die anfangs lose war, jetzt fester geworden. Hierzu kommt, daß insolge der zunehmenden Schusspolitik, die

in Gestalt der neuen Handelsverträge schon jetzt für den Teer- produktensatz durch erhöhte Zollsätze sich unangenehm bemerkbar macht, die deutsche Anilinindustrie immer mehr eigene Fabriken in fremden Ländern errichten wird. Die badische, die Elberfelder, die Dreptower, die Höchst Fabrik haben schon Niederlassungen im Ausland, in Frankreich und Rußland. Im Interesse der einheitlichen Leitung des Produktensatzes im Ausland ist aber eine Einigung dringend geboten, und deshalb wird der Zeitpunkt des Zusammenschlusses der Gruppen Ludwigshafen-Elberfeld-Dreptow und Casella-Höchst wohl nicht mehr fern sein.

Vom sozialen Kampfplatze.

— **In folgenden Orten sind unsere Kollegen an Streiks und Aussperrungen beteiligt:** Annweiler (Pfalz), Traunschweig, Breslau, Frankb., Gbpenitz, Delmenhorst, Dresden, Elmshorn, Hamburg, Hannover, Jägnitz, Kiel, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Marne, Meissen, München, Offenbach, Pungstadt, Plauenischer Grund, Mageln, Radeberg, Rensfeld, Waldheim, Wolgast. Es sind in diesen Orten 5923 Menschen ausständig. Nicht einbezogen sind die wegen der Maifeier ausgesperrten Kollegen.

— **Wittaldensleben.** Die bei der Firma Geißler, Steinbruch, beschäftigten Kollegen erhielten durchschnittlich eine Prozentige Erhöhung für Akkordlöhne und eine Erhöhung des Wochenlohnes von 1,50 M. bis 3,50 M.

— **Altona.** Auf dem Holzlager Möller Söhne haben die Kollegen eine Erhöhung des Lohnes von 40 auf 45 Pf., für Ueberstunden 50 Pf., für Sonntags- und Nacharbeit 60 Pf. zugestanden erhalten. Auch wurden verschiedene Mißstände beseitigt.

— **Annweiler.** Montag, den 30. April, haben 473 auf dem Emallierwerk beschäftigte Personen die Arbeit niedergelegt. Es wird der Abschluß eines Tarifes gefordert.

— **Barth.** Am 24. Oktober wurde in Barth a. d. Ostsee der Grundstein zur Organisation gelegt. Es meldeten sich zunächst 40 Kollegen zur Organisation nach der Vermählung. Nach und nach gelang es den Kollegen durch Entfaltung einer eifrigen Agitation, am Orte die Mitgliederzahl von 40 auf 186 zu bringen. So kam es, daß auch das Unternehmertum in Barth einen Respekt vor der Wacht der Arbeiterschaft bekam, denn bis dato hatte man dieselben behandeln können, wie es den Herren Unternehmern beliebte. Am 11. April legten 15 Kohlenarbeiter die Arbeit nieder und streikten dreiviertel Tag. Die Kollegen erzielten dadurch einen Stundenlohn von 35 Pf., bisher 3 Mark bei 11stündiger Arbeitszeit.

Die Tagelöhner erhielten bisher einen Lohn von 2,25 Mark den Tag, jetzt bekommen sie 3 Mark. In drei kleineren Brauereien wird jetzt 25 Pf. Stundenlohn bezahlt, sonst 2,25 Mark. Im Baugeschäft von Fründt bekommen die Arbeiter jetzt 26 Pf. die Stunde, früher 24 Pf. die Stunde. Was hier die Hirsch-Dunderschen seit Jahren nicht fertiggebracht haben, nämlich die Verbesserung der Löhne für die Arbeiter herbeizuführen, das ist unserer Organisation in kurzer Zeit gelungen und so können die Hirsch nur ihren Rückschritt konstatieren, während wir Fortschritte zu verzeichnen haben. Den anderen Bahnlöhnen sollte dies ein Ansporn sein.

— **Bergedorf.** Die Arbeiter der Faserstoffzucht von Schuchardt erlaubten sich in Anbetracht der gegenwärtigen Teuerungverhältnisse, die Firma Lohnforderungen (Erhöhung des Stundenlohnes für Lohnarbeit von 30 auf 35 Pf. und Verbesserung der Akkordlöhne auf verschiedene Arbeiten) zu unterbreiten. Mit Unterbreitung dieser Forderungen wurde zunächst der Ausschuß betraut, mit dem der Direktor aber nicht weiter verhandeln wollte, weil ihm die Ausschußmitglieder zu jung, das heißt nicht lange genug auf der Fabrik beschäftigt erschienen. Um dem Direktor, einem etwas starrköpfigen Herrn, entgegen zu kommen, wählten die Arbeiter eine Kommission, mit der der Herr Direktor aber ebenfalls nicht lange verhandelte, sondern einfach verlangte, die Arbeiter sollten sich erklären, ob sie mit dem Gebotenen zufrieden wären. Als dies die Arbeiter durch eine inzwischen vorgenommene Abstimmung ablehnten, kündigte der Direktor seinen sämtlichen Arbeitern. Die 54 Arbeiter nahmen mit Ausnahme der christlichen und unorganisierten Arbeiter, 7 an der Zahl — außer einigen jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren — die Kündigung ruhig an und bereiteten sich die Ueberstundenarbeit, die zu verrichten seitens des Herrn Direktors nach der Kündigung verlangt wurde. Bei den nun folgenden Verhandlungen, zu denen auch der Kollege Stille zugezogen war, kam es zu einer Vereinbarung, die am Sonnabend, den 21. April, von einer Betriebsversammlung der in Betracht kommenden Arbeiter sanktioniert wurde, wonach die Kündigung als nicht erfolgt angesehen wird, wenn folgende Bedingungen erfüllt würden:

1. Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf.
2. Erhöhung der Akkordlöhne für grau gefärbte Lambino von 9 M. auf 10 M.; grau gezogene Palma von 13 M. auf 14 M. pro 100 Kilo.
3. Kautions mit 3 1/2 Prozent zu verzinsen. (Bisher wurde dieselbe nicht verzinst.)
4. Werkzeug (Scheren und dergl.) sind in Zukunft von der Fabrik zu liefern. Abzüge hierfür dürfen nur gemacht werden, wenn etwas absichtlich unbrauchbar gemacht worden oder nicht abgeliefert wird.
5. Strafgehalte für Zuspätkommen und Fehlen dürfen nur wie folgt erhoben werden: Beim erstmaligen Fehlen oder Zuspätkommen 20 Pf., bei zweitem Mal 50 Pf. und beim dritten Mal innerhalb einer Woche 1 M.
6. Es wird ein Arbeiterauschuss von 6 Arbeitern und 1 Meister eingesetzt, welchem auch die Mitverwaltung der Strafgehalte unterstellt ist.
7. Es wird Vorzüge getroffen, daß den Arbeitern ihr Lohnbuch vor der Lohnzahlung ausgehändigt wird.
8. Soweit die Fabrikordnung mit vorstehendem nicht übereinstimmt, ist dieselbe dahingehend zu ändern.

Die Arbeit wurde, nachdem Herr Schuchardt, dem diese Bedingungen am Sonntag schriftlich unterbreitet wurden, sich in allen Punkten hiermit einverstanden erklärt hatte, am Montagmorgen wieder aufgenommen. Wenn nun auch, wie in diesem Falle, nicht alle Wünsche und Forderungen erfüllt worden sind, die seitens der Arbeiter verlangt wurden, so ist doch nicht abzusehen, daß ohne die Organisation die Zugeländnisse, die neben einer Aufbesserung des Stundenlohnes und kleiner Erhöhung der Akkordlöhne auch ein bedeutend geregelteres Arbeitsverhältnis bewirken, nicht gemacht worden.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des hiesigen Emallierwerks traten vor kurzem zusammen und wurden sich dahin einig, den Arbeitgeber um Lohnaufbesserung zu ersuchen. Der Arbeitgeber, der allem Anschein nach über die Organisationsverhältnisse seiner Arbeiter und Arbeiterinnen gut unterrichtet war, glaubte in Anbetracht der Verhältnisse nichts Besseres tun zu können, als den Arbeitern zuzurufen, aber nicht wie Herr Schuchardt in Form einer Kündigung, sondern indem er den Arbeitern bekannt gab, daß er bereit sei, den Grundbrennern den Lohn um 3 M., den Brennern und Aufträgern um 2 M., den Frauen um 1 M. pro Woche zu erhöhen. Auch diese Arbeiter haben, ohne überhaupt in eine Lohnbewegung einzutreten zu müssen, einen Erfolg erzielt, der freilich nicht den gestellten Forderungen gleichkommt, aber annehmbar und erfreulich ist.

— **Breslau.** Zwischen der Firma Kleemann, Asphalt- und Dachpappen-Geschäft einerseits, und dem Verban der Fabrikarbeiter (für die Sektion der Asphalture und Schwaizerde) andererseits wurde heute folgender Tarif abgeschlossen: 1. Zehnständige Arbeitszeit. 2. Der Lohn für selbständige Arbeiter beträgt pro Stunde 43 Pf. Für Hilfs- und Hilfsarbeiter pro Stunde 35 Pf. 3. Bezahlung der Ueberstunden und Nacharbeit mit 15 Prozent Zuschlag. 4. Anerkennung der Organisation, und Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Anhang: Der Tarif tritt mit dem heutigen Tage in Kraft und gilt bis gleichen Datum 1907 und muß zum

Zweck der Ungültigkeit einen Monat vor Ablauf eines jeden Jahres gekündigt werden.

Delmenhorst. Ein Streik auf der Hanseatischen Zuckerraffinerie war am 29. April ausgebrochen. Beteiligungsziffer unserer Kollegen 22. Am 2. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Erfolg ist ein guter zu nennen.

Dittersbach b. Waldenburg i. Schl. Vor einigen Wochen keilten wir bei Herrn Karl Jäger folgende Forderungen: Ein Gleichheitslohn von 26 Pf. für alle auf dem Plage wie im Betriebe beschäftigten Kollegen. Entsprechende Erhöhung der Löhne der Brettschneider, des Kesselheizers und des Sägenfleischers. Gewährung einer Frühstücks- sowie Vesperpause in der Winterzeit. Erhöhung in der Invaliditätsversicherung von der zweiten in die dritte Klasse. Erhöhung des Krankengeldes von 90 Pf. pro Tag auf 1,50 Mk. Die Forderungen gelangten in mündlicher Verhandlung zur beiderseitigen Anerkennung.

Erfurt. Die in den Kiesgruben beschäftigten Kollegen stellten Forderungen, die Unternehmer lehnten ab, worauf die Kollegen die Arbeit einstellten. Es erfolgte ein Vergleich.

Hamburg. Freitag, den 20., mittags, haben etwa 80 Arbeiter und Arbeiterinnen der Pianoforte-Veranstaltungsfabrik von L. Jermann die Arbeit niedergelegt. Etwa 50 davon sind in unserem Verbande organisiert. Die im Auslande befindlichen gehören der Verstaatlichung an. Sie hatten ein Gesuch eingereicht um Festlegung von Minimallohnen, Anerkennung eines Ausschusses und Ständige Lohnzahlung. Jermann erteilte eine Antwort überhaupt nicht. Der erste Bevollmächtigte wurde abgewiesen. Auf sein Ersuchen, dann doch die von der Arbeiterschaft gewählte Kommission zu empfangen, wurde erwidert, daß auch diese nicht empfangen werden würde; Jermann teile den Arbeitern seinen Willen nur durch die Meister mit. Auch dem wurde Rechnung getragen und der betreffende Meister um seine Vermittlung angegangen. J. erklärte demselben, daß alles beim alten bleibe, worauf dann die Arbeit niedergelegt wurde.

Sarburg. Die Winterische Papierfabrik A.-G. Maschinen- und Spezialität: Druck- und Schreibpapier, Filialen Wertheim b. Bameln und Niedertaufungen b. Kassel, beschäftigt circa 350 Arbeiter beiderlei Geschlechts. Die Arbeitszeit beträgt für Arbeiter und Arbeiterinnen 10 Stunden mit den üblichen Pausen. Die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter wechseln mit Nacht- und Tagsschicht bei 12stündiger Arbeitszeit ohne Pausen. Der Lohn für Arbeiter schwankt zwischen 2 und 3 Mk. pro Tag, für Arbeiterinnen 1 bis 1,80 Mk. pro Tag. Lohnzahlung findet alle 14 Tage und zwar am 2. und 17. jeden Monats statt. Die Arbeiter im inneren Betrieb werden meistens in Akkord beschäftigt. Die Arbeiter am Kalandar (26 Mann) erhielten bisher für 1000 Kilo Papier 7 Mk. und erhielten bei halbmonatlicher Schicht einen Verdienst von 40 bis 45 Mk. Die in der Maschinenabteilung beschäftigten arbeiten auf Procente, bevor aber letztere bezahlt werden, muß Maschine 1 monatlich 100 000, Maschine 2 50 000, Maschine 3 40 000 Kilo Papier liefern. Für die weiteren Kilo erhalten die Maschinenschreiber für 1000 Kilo 75 Pf., die Gefässen an der Maschine 1 50 Pf. für 1000 Kilo, an den Maschinen 2 und 3 für die ersten 20 000 Kilo 50 Pf. pro 1000 Kilo, für jedes weitere Tausend 25 Pf. bezahlt. Wie verlautet, soll die Fabrik in den letzten Jahren mit Unterbilanz gearbeitet haben. Der alte Betriebsleiter ist abgesetzt und an dessen Stelle ein neuer eingesetzt. Derselbe machte sich sofort durch Einführung anderer Arbeitsmethoden, Abzüge zc. bei der Arbeiterschaft unbeliebt. Am Kalandar wurde der Akkord auf 50 Pf. pro 1000 Kilo reduziert, das Ausschusspapier sowohl für erstere, als auch für die in der Maschinenabteilung tätigen Arbeiter, einzeln, ob die Maschinen nicht funktionieren oder der Meister das Papier verfährt, in Abzug gebracht. Letztere Maßnahme bedeutete für die Arbeiter einen Lohnausfall von 4-5 Mk. pro halbmonatliche Schicht. Seit der Zeit bestand zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung ein gespanntes Verhältnis, das seinen Höhepunkt in der am 28. März erfolgten Entlassung eines Arbeiters erreichte. Es legten 100 Personen die Arbeit nieder. Der Betriebsleiter erklärte, nur mit seinen Arbeitern zu verhandeln. Der Kommission gegenüber erklärte der Betriebsleiter, am Montag, den 2. April, würde die Lohnzahlung stattfinden, jeder solle dann seine Entlassung erhalten und von neuem, mit Ausnahme von 8 Kollegen, eingestellt werden.

Seilbrunn. Der Zustand auf der Oelfabrik Gahn ist nach zweitägiger Dauer mit vollem Erfolg beendet worden.

Eine umfangreiche Aussperrung von Ziegeleiarbeitern ist im Havellande eingetreten. Auf einer Ziegelei bei Zehdenick hatten die Ziegeleiarbeiter Lohnserhöhung gefordert. Als diese nicht bewilligt wurde, legten sie die Arbeit nieder. Darauf verhandelte der Vorstand des Ziegeleiarbeiterverbandes mit den Streikenden. Als eine Einigung nicht erzielt wurde, erklärten sich die Ziegeleien in der Zehdenicker Gegend solidarisch und stellten ihre Betriebe ein. Von der Aussperrung werden etwa 3000 Arbeiter betroffen.

Mannheim. Auf der Zellstofffabrik Waldhof legten am 18. April wegen Abregelungen die Kollegen die Arbeit nieder. Die Zustimmung der Organisationsleitung war nicht eingeholt. Der Zustand wurde beigelegt am folgenden Tage. — Am 19. April legte ein Teil der auf der Zellulose- und Gummiabteilung in Neckarau beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder, weil über den eingereichten Lohnsatz eine Verständigung nicht erzielt worden ist. Das führte zur Stilllegung des ganzen Betriebes. Es kommen ca. 2000 Aussperrte in Betracht.

Zu Zellbetrieb Rheina, der zur Gummiabteilung Neckarau gehört, sind am 3. Mai 450 Personen ausgesperrt.

Wetzlar. Wie die Arbeiter zum Streik gezwungen werden, dafür liefert die am Montag erfolgte Arbeitsniederlegung in der Chamottefabrik vom Otto u. Schloffer einen drastischen Beweis. Die in den Ofen- und Tonwarenfabriken beschäftigten Arbeiter gehören, soweit speziell die Zeitzünderarbeiten in Frage kommen, zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern Deutschlands. 20-23 Pf. Stundenlohn ist die Regel. Die enorme Vertierung der Nahrungsmittel in letzter Zeit zwingt nun die Arbeiter, eine Erhöhung dieser miserablen Löhne mit allen Mitteln durchzusetzen. Sie unterbreiteten deshalb sämtlichen in Frage kommenden Betrieben einen Tarifentwurf, in dem ein Mindestlohn von 26 Pf. pro Stunde für erwachsene Arbeiter gefordert wird. Man hätte nun erwarten sollen, daß eine so minimale Forderung von den Unternehmern ohne weiteres bewilligt werden würde! Das ist leider nicht der Fall! Während alle übrigen Unternehmer entweder mit der Verbandsleitung oder mit den von den Arbeitern gewählten Kommissionen wenigstens anständig verhandelten, liebte der Direktor des obgenannten Betriebes, Herr Leuthold, folgendes Verfahren: Dem Organisationsvertreter, der um eine Unterbrechung nachsuchte, ließ er erklären: er würde mit „seinen Arbeitern“ allein fertig! Wenn das nicht päkte, der könnte gehen. Die Arbeiter wählten darauf eine achtgliedrige Kommission. Zu dieser Kommission gehörten auch einige Arbeiter, die bisher in Akkord gearbeitet und dabei einigermaßen auskömmlich verdient hatten. Die Verhandlung nahm nun ungefähr folgenden Verlauf: Herr Direktor Leuthold: „Was wollen Sie?“ Ein Arbeiter: „Wir kommen in Aufträge unserer Mitarbeiter.“ Herr L.: „Was? Verdienen Sie noch nicht genug?“ Der Arbeiter: „Ich komme nicht für mich, sondern für meine schlechter bezahlten Kollegen.“ Herr L.: „Ja, frage, ob Sie nicht genug verdienen.“ Der Arbeiter: „Herr Direktor, ich komme nicht für mich, sondern.“ Herr L.: „Raus!“ Nachdem der Arbeiter das Kontor verlassen, wiederholte sich dasselbe Frage- und Antwortspiel mit einem anderen. Und wieder das Resultat: „Raus!“ Die Verhandlung war unter solchen Umständen selbstverständlich unmöglich gemacht. Das Verhalten des Herrn Direktors aber verdient die weitestgehende Verurteilung. Jeder anständig denkende Mensch wird einem Arbeiter, der unter Hintanhaltung seiner eigenen Interessen für seine Mitarbeiter eintritt, nur Hochachtung zollen müssen! Wenn es ist eine Handlung, die Anerkennung verdient! Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist sie Herrn L. unbegreiflich. Ein derartiges Verhalten braucht man nicht zu kritisieren, es richtet sich selbst! Noch eins wollen wir hervorheben. Die Arbeiter dieses Betriebes erhalten ihren Lohn nicht wöchentlich, auch nicht alle 14 Tage, sondern immer am 3. und 18. eines jeden Monats. Jeder einschichtige Mensch, der mit Arbeiterverhältnissen auch nur einigermaßen ver-

traut ist, weiß, wie mühslich es für einen Arbeiter ist, wenn er Monats- oder bei größeren Festen erst nach den Feiertagen seine paar Mark Lohn erhält. Die Arbeiter eruchten deshalb um andere Regelung der Lohnzahlung. Darauf wurde ihnen erwidert: „Jawohl, das könnt ihr haben, dann aber brauchen wir einen Beamten mehr, der kostet 250 Mk. im Monat und — den müßt ihr bezahlen.“ (!) Also nur Lohn hatte man für eine so berechtigte Forderung übrig. Der Tarifentwurf, den die Arbeiter eingereicht hatten, wurde zerstückelt und in die Ecke geworfen! So glaubte Herr L. mit „seinen Arbeitern“ fertig zu werden! Zum Ueberflus wurde dann noch ein Tarif der Firma angehängt mit folgender Einleitung: „Sojardbeiter erhalten beim Verladen 20 bis 25 Pf. pro Stunde, je nach Alter, Geschicklichkeit und Fleiß.“ Also wer noch nicht zu alt ist, recht geschickt, recht fleißig, kann es bis 25 Pf. pro Stunde bringen. Die Antwort auf diese spöttische Verhöhnung der Arbeiter war die einmütige Niederlegung der Arbeit. Die bürgerliche Presse wird natürlich von „Streikhebern“ und „unberechtigten Forderungen“ jelseln. Sache der Arbeiter ist es, den ihnen aufgezwungenen Kampf durchzuführen bis zum Siege! Mit dem Verhalten des Herrn L. bei früheren ähnlichen Anlässen werden wir uns vielleicht demnächst einmal eingehend beschäftigen müssen!

Meißen. Das Verhalten des Verbandes der Kachelofenfabrikanten zu unserer Lohnbewegung erscheint in eigenartlicher Weise. Bei der Einreichung der Forderungen erwiderten die Arbeiter um Antwort bis 20. April. Der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes, Herr Direktor Polto, erklärte darauf der Organisationsleitung der Arbeiter, daß der Termin zu kurz sei, um endgültige Beschlüsse zu fassen. Die Arbeiter verlangten darauf den Termin bis 25. April. Am 24. April lief dann ein Schreiben des Herrn Polto bei der Verbandsleitung ein, indem erklärt wurde, daß die Herren Fabrikanten die getroffenen Vereinbarungen „ihrem eigenen Personal“ demnächst zur Kenntnis bringen würden. Also nichts von Verhandlungen, keine gegenseitige Aussprache — nichts! Die Herren „treuen Vereinbarungen“ und bringen sie „zur Kenntnis“. In der Oerfabrik Saxonica und der Sächsischen Oerfabrik ist das inzwischen geschehen, und das Produkt selbstherlicher „Vereinbarung“ sieht so aus: Mindestlohn von 1. Juni 1906 an: Glasierer und Einleger pro Stunde 28 Pf., Kesselarbeiter und Glasmüller 25 Pf., Tischschneiderarbeiter 24 Pf., Bader 26 Pf., Handarbeiter über 18 Jahre 23 Pf., Arbeiterinnen pro Stunde 14 Pf. Kein Arbeiter soll länger wie 30 Stunden ununterbrochen beschäftigt werden! Die Arbeitszeit soll 80 Stunden pro Woche nicht überschreiten! Auf eine längere wie zehnstündige Arbeitszeit soll eine mindestens zwölfstündige Ruhepause folgen. Glasierer erhalten Karften, Seife und Handtücher in ausreichender Menge. Zur Schlichtung von Differenzen ist in jedem Betriebe ein Arbeiterausschuß zu wählen. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben diese Karikatur eines Zugeständnisses in einer Versammlung durch geheime Abstimmung mit 749 gegen 15 Stimmen verworfen. Damit ist der Kampf unvermeidlich geworden — ein Kampf um Löhne, so niedrig, wie sie wohl noch nie Objekt eines Kampfes gewesen sind. 23 Pf. pro Stunde, das sind bei 300 vollen Arbeitstagen im Jahre noch nicht 700 Mk.! Und das bietet man einem erwachsenen Arbeiter bei den heutigen Lebensmittelpreisen. Die Lohnkommission ist beauftragt, noch einen Einigungsversuch zu machen. Ueber das Ergebnis desselben ist Freitag, den 4. Mai, in einer Versammlung zu berichten. Scheitert derselbe, soll mit Niederlegung der Arbeit geantwortet werden. Den Arbeitern wird jedenfalls niemand das Zugeständnis verweigern können, daß sie alles getan haben, um den Kampf zu vermeiden! Sie werden aber auch alles tun, um den aufgezwungenen Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen!

In der Chamottefabrik vormals Otto und Schloffer ist die Arbeit bereits Montag, den 30. April, niedergelegt.

Zu Fungstadt und Gahn sind auf 11 Ziegeleien die Kollegen in den Akkord getreten. Von dem früher bezahlten Akkordpreis erfolgte im Jahre 1903 ein Abzug von 50 Pf. auf die Summe von 4,75 Mk. Diese abgezogene Summe wollen die Kollegen wieder herinholen.

Rosenheim. Folgender Tarif kam hier zum Abschluß: Tarif-Vertrag.

Zwischen dem Tonwerk Mitterhart, G. m. b. H., in Mitterhart, und den Vertretern der unterzeichneten Organisationen findet folgende Vereinbarung statt:

1. Sämtliche Tagelöhne der erwachsenen männlichen Arbeiter werden um 15 Prozent (fünfzehn Prozent), jene der minderjährigen männlichen und weiblichen Arbeiter bis zum 20. Jahre um 10 Prozent (zehn Prozent) aufgebessert.
2. Erwachsene Frauen und Mädchen über 20 Jahre erhalten 1,70 Mk. Tagelohn.
3. Für Kohlenfahren in Akkord für beide Ringöfen wird pro Woche 10 Mk. (zehn Mark) bezahlt.
4. Es wird für das Ein- und Ausfahren im großen Ofen pro Kammer 5,50 Mk. (fünf fünfzig), im kleinen Ofen 5 Mk. (fünf Mark) bezahlt.
5. Hierbei wird das Sandfirmachen in Tagelohn gemacht.
6. Für das Anladen von Lehm in der Lehmweide, das Abheben von Humus und Erde, das sachgemäße Wiederanplanieren der abgehobenen Erdmassen, werden pro Wagen, die genügend beladen sein müssen, 40 Pf. (vierzig Pfennige) bezahlt.
7. Die Arbeitszeit bleibt die gleiche, wie solche in der bestehenden Arbeitsordnung festgelegt ist.
8. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag vergütet.
9. Anerkennung der Organisation.
10. Abregelungen finden nicht statt, b. h. Arbeiter dürfen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation nicht entlassen werden.
11. Seitens der Direktion wird ausdrücklich bedungen, daß sich die organisierten Arbeiter fremden gegenüber (italienischen, galizischen u. dergl.) verträglich verhalten.
12. Dieser Tarifvertrag gilt, von heute ab gerechnet, für die Dauer eines Jahres und läuft stillschweigend weiter (ein weiteres Jahr), sofern er nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Stettin. Die Kohlenarbeiter auf dem Drieltelwerk Gohlau legten am 9. April die Arbeit nieder. Die um Lohn beschäftigten Kollegen erhalten eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde, Arbeiterinnen 2 Pf. pro Stunde.

Stettin. Der Streik der Mieter bei der Firma Rüsse u. Co. ist beendet, die Mieter haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die gemäßregelten Kollegen jangen alle wieder an, bis auf einen, der nicht wieder eingestellt wird. Die Kollegen sind damit zwar nicht alle zufrieden, aber die notwendige Mehrheit zur Weiterführung des Streiks war nicht vorhanden. Die jetzigen Forderungen, die gestellt worden sind, sind alle bewilligt worden. Die Organisation ist anerkannt, es kann auch ein Vertreter derselben an den Verhandlungen teilnehmen.

Wülfer. Auf der Lederfabrik Falk u. Schütt waren Differenzen ausgebrochen, weil den Streikern die ihnen gestellten Hilfskräfte genommen worden, wodurch ihr Gehaltsverdienst sich verminderte. Die verschiedenen Abteilungen, wie Strecker, Scherer usw., bestimmten je ein Mitglied zu Kommissionsverhandlungen. Durch die Verhandlungen erfolgte die Beilegung der Differenzen.

Zur Aussperrung der Metallarbeiter. Die Versammlung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen, die am 2. Mai in Berlin tagte, hat gesprochen. Wie man von dieser Seite selbstverständlich nicht anders erwarten konnte, sollen weitere Aussperrungen folgen, wenn die Arbeiter nicht in den nächsten Tagen, um Verzeihung flehend, bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Bürgerliche Blätter wissen folgendes zu berichten: In der Versammlung des Gesamtverbandes sämtlicher Metallindustrieller, die am 2. Mai in Berlin tagte, haben von den 29 vertretenen Verbänden 27 mit zusammen ca. 320 000 Arbeitern beschlossene, die von dem Streik betroffenen Verbände Braunschweig, Breslau, Dresden, Hannover, Frankfurt a. M., Osnabrück usw. durch Aussperrung zu unterstützen, jedoch die Arbeiter der angeführten Verbände nicht innerhalber einer in den nächsten Tagen festzusetzenden Frist die Arbeit wieder aufnehmen. Es wäre demnach mit Arbeitserntloshaltungen im großen Umfange in der Metallindustrie zu rechnen. Eine Kommission des Gesamtverbandes hat vor der stattgefundenen Versammlung auf Grundlage neu eingeforderten statistischen Materials den gegen-

wärtigen Stand der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Verbänden eingehend geprüft und gefunden, daß Lohn und Arbeitszeit usw. keinen berechtigten Anlaß zum Ausstand in den oben genannten Verbänden gegeben haben. — Gestern Abend hat in dieser Angelegenheit eine Sitzung des hiesigen Arbeiterverbandes stattgefunden.

Also: eine Kommission hat vor der stattgefundenen Versammlung auf Grund neu eingeforderten statistischen Materials den Stand der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse geprüft und gefunden, daß die Lohn- und alle übrigen Verhältnisse keinen berechtigten Anlaß zum Ausstand gegeben haben.

Natürlich! Die Arbeiter haben ja nie berechtigten Anlaß, ihre Löhne einer Regelung und Besserung zu unterziehen.

Soziale Rundschau.

Die Haftpflicht des Arbeitgebers für unterlassenes Markenkleben ist rechtlich viel umstritten. Die amtlichen Mitteilungen des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Berlin geben nun einen Ueberblick über die Lage der Rechtsprechung in dieser Frage:

„Das Reichsgericht hat in seinen Urteilen vom 3. Mai 1904 und 4. Oktober 1904 die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern durch deren Verschulden das Markenkleben unterblieben ist, auf Ersatz für entgangene Invalidenrente zurückgewiesen.“

Das erstere Urteil des Reichsgerichts vom 3. Mai 1904 enthält eine grundsätzliche Ablehnung der Haftung des Arbeitgebers nur in Beziehung auf kontraktliches Verschulden; soweit es sich um außerkontraktliche Schadenszufügung handelt, weist das Reichsgericht den Anspruch nur deswegen zurück, weil das anzuwendende gemeine Recht ihm keine Handhabe gebe.

In der späteren Entscheidung vom 4. Oktober 1904, die sich auf dem Gebiete rheinischer Rechts bewegt, hat das Reichsgericht mit Rücksicht auf die Artikel 1382, 1383 des Code civil den außerkontraktlichen Anspruch an sich zugelassen und die Abweisung der Klage nur wegen mangelnden Kaufaufzuges in Verbindung mit dem überwiegenden Verschulden des Klägers ausgesprochen.

Dagegen kommt der IV. Zivilsenat des königlichen Oberlandesgerichts in Breslau in der Verhandlung vom 20. Januar 1905 auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu einer Verurteilung des Arbeitgebers, welcher durch die Nichtbeibringung von Marken die Nichtgewährung der Invalidenrente verursacht hat. Erschwerend für den Arbeitgeber wurde noch der Umstand angeführt, daß er seinem Arbeitnehmer zwar die von letzterem beizustellenden Beiträge vom Lohne abgezogen, trotzdem aber das Einkleben der Versicherungsmarken unterlassen hat. Das Oberlandesgericht bejaht sowohl die vertragliche wie die außervertragliche Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers, stellt aber in dem nachlässigen Verhalten des Arbeitnehmers bezüglich der Kontrolle des Markenklebens für seine Person ein konkurrierendes Verschulden, das dessen an und für sich berechtigten Ersatzanspruch nur zu zwei Dritteln bestehen läßt.“

Die älteren Entscheidungen des Reichsgerichts bezogen sich auf das vor 1900 geltende Invalidenversicherungsgesetz und bürgerliche Recht. Die Schadenersatzpflicht auf Grund des jetzt geltenden Rechts ist dagegen durch eine Anzahl von Urteilen im ganzen anerkannt worden. Immerhin spielt ein konkurrierendes Verschulden des Arbeiters nach § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches bei der Entscheidung bedeutungsvoll mit.

Gaukonferenz des Gaues 6.

Am Ostermontag tagte unsere Konferenz im Gewerkschaftshaus in Stuttgart. Anwesend waren 36 Delegierte von 22 Zahlstellen. 7 Zahlstellen waren nicht vertreten. Als Leiter der Konferenz wurden Wörner, Cannstatt und Schröder-Pforzheim gewählt. Den Tagesleitersbericht erstattete Kollege Wörner. Aus demselben war zu entnehmen, daß im allgemeinen seit der letzten Konferenz ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen war. Die Mitgliederzahl stieg von 1227 auf 2977 (31. Dezember 1905). An Versammlungen wurden abgehalten: 96 öffentliche, 197 Betriebsveranstaltungen. Im Juni 1905 fand eine Agitationstour der Kollegin Bieg statt, welche in 21 Versammlungen sprach. Sitzungen mit den Bevollmächtigten der Zahlstellen fanden 28 statt, Sitzungen des Gauvorstandes 27. Vorträge wurden vom Gauvorstand 47 gehalten, 135 mal hat der Gauvorsteher selbst die Einladung zu Betriebsveranstaltungen verteilt, 45 mal war er in den Mitgliederversammlungen anwesend. Zu allen Versammlungen wurden 73 700 Stück Einladungszettel selbst angefertigt. Gedruckt wurden 14 300 verbrocht. Zur Hausagitation wurden 1780 Briefe, sowie 4400 größere vervielfältigte Schriftstücke verandt an die Bevollmächtigten und Mitglieder. Zahlstellen wurden 7 gerändert: Schorndorf, Pforzheim, Karlsruhe, Heidenheim, Lauffen a. N., Nürtingen und Blaubeuren, letztere ist wieder eingegangen. Lohnbewegungen waren in Straßburg, Heilbronn zweimal, Stuttgart-Feuerbach, Jussenhausen. Differenzen waren an fünf Orten zu sichten. Zur Beilegung von Mißständen in den Betrieben wurde die Gewerbeinspektion 17mal angezogen. Schriftliche Auskunft betr. Unfallsachen wurde 30mal erteilt. Der schriftliche Verkehr war ein sehr reger; es gingen Briefe, Pakete, Karten und Drucksachen 1572 Stück aus, eingegangen sind 1237. — Vereinigt wurden folgende Zahlstellen: Neckargartach und Bödingen mit Heilbronn, die Orte Ober- und Untertürkheim, Stuttgart und Cannstatt zu einer Zahlstelle. Revisionen fanden 6 statt. Den Kassierbericht, welcher vervielfältigt vorlag, gab Kassierer W. O. L.; derselbe weist 1584,21 Mk. an Einnahme und 1461,54 Mk. an Ausgabe auf, Bestand 86,70 Mk. Unter Situationsbericht aus dem Gau ist besonders die gute Entwicklung der Zahlstellen Heilbronn und Neckargartach hervorzuheben, im allgemeinen ist eine Besserung auf allen Gebieten, auch in Bezug auf den Besuch der Versammlungen, zu konstatieren. Etwas mehr Pünktlichkeit bei den Abrechnungen ist bei verschiedenen Zahlstellen wünschenswert. Bei Punkt 4 der Tagesordnung wurde das Vorgehen bei Streiks und Lohnbewegungen und die Einleitung derselben eingehend besprochen und unter allen Umständen Beachtung des Statutes empfohlen. Eine längere Debatte rief ein Antrag Heilbronn hervor, welcher verlangt, daß bei Streiks den umliegenden Zahlstellen allwöchentlich einen kurzen Situationsbericht zugehen soll. Es wurde der Gauvorstand beauftragt, zu diesem Zwecke geeignete Formulare herzustellen. In der Nachmittagsitzung wurde an der Gegenagitation der Metallarbeiter scharfe Kritik geübt, insbesondere an dem letzten Zirkular des Metallarbeiterverbandes an die Vertrauensleute, in welchem wir wissentlich verdammt werden mit der Behauptung, wir hätten in Oberärthheim zu einer Versammlung Fabrik- und Metallarbeiter eingeladen. Dort handelte es sich um einen gemeinsam arrangierten Vortrag, in welchem sogar ein auf dem Verbandsbureau der Metallarbeiter tätiger Kollege anwesend war. Von Heilbronn wurde ebenfalls ein ähnliches Genieistüchchen vorgebracht, in Kornweilheim hat der Kollege Reimann, Metallarbeiter, erklärt: Wir müßten ebenso wie die Christlichen bekämpft werden. Es wurde beschlossen, alle diese Fälle dem Hauptvorstande mitzuteilen. — Besondere Anträge zu Punkt 4 Agitation lagen nicht vor, die Debatte ging dahin, daß diese auf die jeicher betriebene Art weiter zu betreiben ist, nur sollen eine Reihe von Orten von sich aus mehr wie bisher bestritten sein, den Verband am Orte und Umgebung auszubauen. Betriebsveranstaltungen sind

Das beste und sicherste Mittel, die Organisation zu stärken. Sehr lebhaft ging es bei Punkt 7, Anträge zum Verbandstage, zu. Wohlwollend bemängelte die Ausfertigung des „Proletarier“, er befragt sich ferner, daß ein wichtiger Artikel über die Lohnbewegung in der „Chemischen“ gekürzt wurde, des weiteren beanstandet er den Wahlmodus zum Verbandstage. Nach dem jetzigen Verfahren könnten bei Schichtwechsel diejenigen, welche Tagelöhner sind, nicht wählen, dies müßte anders werden.

Günstig-Karlsruhe beantragt: Seite 3 des Statuts ist ins Mitgliedsbuch zu übernehmen. Ein Antrag Jussenshausen, nach welchem den größeren Zahlstellen eiserne Kassetten zum Selbstkostenpreis übermietet werden sollen, wurde angenommen, ebenso ein Antrag Lauterbach, der „Proletarier“ habe 6 Seiten stark zu erscheinen. Annahme fanden die Anträge Goppinger: Anstellung eines Redakteurs für den „Proletarier“. Wöchentliches Erscheinen desselben. — Von vielen Seiten wurde bemängelt, daß wir keine italienische Statuten haben, ebenso fehlten italienische „Werkzeuge“, und wurde verlangt, daß die Delegierten auf dem Verbandstage diesbezüglich eintreten. Abends 6 1/2 Uhr war die Tagesordnung erschöpft. Kollege Wörner war zum Schluß noch einen Rückblick auf die Arbeiten der Konferenz. Er ermahnte die Delegierten, ununterbrochen an der Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten, wenn auch bei uns im Gau der Boden mehr als steinig sei, dürfen wir uns trotz aller Schwierigkeiten nicht zurückziehen lassen; arbeiten wir mit aller Energie dem zweiten 100.000 an Mitgliedern entgegen.

Korrespondenzen.

Vernburg. Am Samstag, den 28. April, abends 8 Uhr tagte hier im „Thüringer Hof“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Zweck und Nutzen eines Arbeitersekretariats.“ Arbeitersekretär Georg Schmidt-Dessau hatte das Referat übernommen und entledigte sich seiner Aufgabe in sehr verständlicher Weise. Er führte aus, daß es notwendig sei, daß die Arbeiter sich ein solches Institut schaffen, da es für sie sehr schwer sei, sich durch die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen hindurchzufinden. Der werksfähige Arbeiter sei auch nicht immer imstande, die juristischen Arbeiten, die er bei einem od. Falle zu leisten hätte, auszuführen zu können. Auch wisse der Arbeiter nicht immer die gesetzlichen Fristen innerhalb und es läge leider zu oft vor, daß die Verjährungsfristen zu spät eingereicht würden. Des ferneren weist Redner darauf hin, daß das Arbeiterrecht von einem Arbeitersekretär besser vertreten werden könne. Auch das bürgerliche Recht läme durch die Vertretung durch einen Arbeitersekretär mehr zur Geltung. Auch könne die Gewerkschaftsbewegung durch einen Sekretär um ein bedeutendes gefördert werden. Redner empfiehlt der Versammlung, für die Errichtung eines Arbeitersekretariats im zweiten anhaltischen Wahlkreise einzutreten. Nachdem Kollege Jahnert als Mitglied der Sekretariats-Kommission darauf hingewiesen, daß die organisierte Arbeiterschaft Vernburg mit den ca. 1500 Mitgliedern wohl imstande sei, ein Sekretariat bei einem Monatsbeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied zu errichten und zu erhalten, kam folgender Antrag mit 80 gegen 10 Stimmen zur Annahme: „Die heute im „Thüringer Hof“ stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik, Land-, Holz- und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Vernburg, beschließt, ein Arbeitersekretariat errichten zu helfen und einen Monatsbeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Woche zu zahlen.“

Gegernmühle. Am 22. April tagte unsere Versammlung. Die Tagesordnung wurde vorgelegt und besichtigt. Der Bestand an Mitgliedern ist jetzt 78. Die Bevollmächtigten und Revisoren kamen ebenfalls in Vorschlag. Der Kollege Weiß-Berlin hielt dann einen Vortrag über das Thema „Warum organisieren wir uns?“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Hauensteiner Grund. Die Arbeiter-Pensionskassen in Hauensteiner Grund werden, den Arbeitern wirtschaftliche Kämpfe zu erleichtern, jetzt nicht nur die Bewegung der Formier- und Gießereiarbeiter in der Sächsischen Gußstahlfabrik zu Döhlen. Zu dieser Pensionskasse wurde bis zum Jahre 1899 von den Arbeitern ohne Beihilfe der Fabrik getrennt. Erst von diesem Jahre an zahlte die Fabrik 1/2 der Beiträge, benutzte die Gelegenheit aber dazu, sich mehr als als die Arbeiter bezüglich der Verwaltung an dieser Kasse teilzunehmen. Demnach wurde im Statut festgelegt, daß die Arbeiter, die über 5 Jahre bis zu 10 Jahren im Betriebe beschäftigt waren und dieser Pensionskasse deshalb angehörten, wenn sie den Beitrag zahlten, 1/2 ihrer Beiträge zurückverlangt bekommen können. Es steht aber kein Wort in diesem Statut, daß die Arbeiter getrennt werden können, wie z. B. bei dieser Bewegung, ihr Geld zu bekommen. Als nun am 30. März die Formier- und Gießereiarbeiter gegen die Rückzahlung ihrer minimalen Forderungen die Arbeit niederlegten, verlangte auch schon am zweiten Tage darauf an drei Stellen der Fabrik folgendes: „

Darunter unsere früheren Arbeiter, welche uns vor einigen Tagen die Rückzahlung eingekauft haben, bezüchten wir aus der Pensionskasse die in § 6 des Statuts dieser Wohlfahrts-Gesellschaft vorgesehenen Beiträge zurück. Die Berechnung derselben ist gemacht und erfordert mehrere Tage. Die Ausschüttung dieser Beiträge erfolgt höchstenfalls am 1. April, von nachmittags 4 Uhr ab im Kassenlokal unserer Fabrik. Wir erwidern diese Forderung werden wir auf Kosten der Pensionskasse getätigt werden.“

Döhlen, den 31. März 1906.

Die Direktion der Sächsischen Gußstahlfabrik. Hägel, Adler.

Dem Ausschuss ist es aber gar nicht ein, so schnell zu kommen und ihr Geld zu bekommen! Im Gegenteil: Sie waren empört über diese Forderung der Arbeiter und wußten nur zu gut, daß die Arbeiter dadurch einen Druck ausüben wollten, die Ausschüttung, die ihnen zugesprochen ist, in den Betrieb zurückzuführen. Sie bestritten deshalb, das Geld nicht zu zahlen. Der Ausschuss des Arbeitervereins beschloß, sich zunächst in der Kantine zu versammeln und zu versuchen, sich ein Geld zum mit demselben wieder abzuholen. Das ist jedoch so gekommen. Währenddem nahm nun der Vorstand der Pensionskasse Stellung hierzu und beschloß gegen die Forderung des Arbeitervereins, die Ausschüttung zu verweigern, daß die Arbeiter die Kasse während des Ausschusses nicht betreten dürfen. Das Geld also nicht zurückverlangt werden sollte. Demnach wurde der Ausschuss „im Auftrag des Ausschusses“ in dem er nicht dem Ausschuss wieder Forderungen, daß das Geld getätigt werden würde, sondern bei der Ausschüttung! Diese Forderung immer noch nicht zahlen, sondern haben die Sache einem Ausschuss übergeben. Der Ausschuss hat der Direktion angetragen, die Ausschüttung der Arbeiter ihre Maßnahmen zu ergreifen. Man hat aber nicht gewillt, daß die Pensionskasse die Ausschüttung zurückhält, so die Arbeiter auf ein Kommando in ihrem Kassenlokal versammeln. Die Arbeiter der Gußstahlfabrik werden ebenfalls durch die Forderung...

Zwei Worte aus den gewerkschaftlichen Jugendjahren.

1. Du sollst nicht glauben, daß eine Gewerkschaft nur zum Zweck da ist, indem das exponiert ist, daß dieses auch noch andere Aufgaben zu erfüllen hat.

2. Du sollst nicht glauben, daß eine Gewerkschaft deshalb da ist, um für dich deine Interessen nicht zu kämpfen, sondern um sie zu kämpfen.

3. Du sollst nicht glauben, daß dein Leben schon gleich ist mit dem anderen, wenn du einige Zeit deine Beiträge an die Gewerkschaft zahlst.

4. Du sollst nicht glauben, daß man mit niedrigen Gehältern zufrieden ist, bis man ein höheres kann, dann man weniger davon hat, wenn man nicht kämpft.

5. Du sollst nicht glauben, daß es sich nicht in der Gewerkschaft, wenn man jeder Arbeiter in seinen Interessen, wie es jeder Arbeiter der Welt ist, kann es es erreichen mit der Gewerkschaft kämpfen.

6. Du sollst nicht bei einer Versammlung dich vorzeitig drücken.

7. Du sollst nicht bei einer Versammlung gar zu viel und über alles sprechen. Bedenke, daß es auch im schönsten Ruffried Pauken geben muß.

8. Du sollst nicht kapitalistische Zeitungen kaufen, so lange Arbeiterzeitungen um ihre Existenz zu kämpfen haben.

9. Du sollst dich nicht ein „Gewerkschaftsmitglied“ nennen, wenn du nicht wenigstens ein Arbeiterblatt hältst, und mehr als eins, falls es dir möglich ist.

10. Du sollst nicht vergessen, daß Arbeiterblätter, nachdem man sie gelesen, weitergegeben werden sollen, damit auch andere sie lesen. Arbeiterblätter sind für unsere Sachen zu wertvoll, um zum Umwideln benutzt zu werden, namentlich bevor man sie gelesen.

11. Du sollst nicht Bücher und Schriften, welche dich in Bezug auf die sozialen Verhältnisse aufklären und dir den Weg zur Befreiung deiner Klassenlage zeigen können, unbeachtet lassen, um darüber erfundene Geschichten — oft recht bumm erfundene — zu lesen. Die soziale Wissenschaft, von den Arbeitern verstanden, wird die sozialen Verhältnisse derselben um ein bedeutendes besser gestalten.

12. Du sollst nicht das obige vergessen.

Bilanz der Abrechnung.

Einnahme in den Zahlstellen.	
Bestand vom vorigen Quartal	12 003,63 M.
Eintrittsgeld	4 534,20 "
Beiträge à 30 Pf.	261 235, — "
Beiträge à 20 Pf.	15 010,60 "
Beiträge à 10 Pf. nach § 6 Absatz 7	491,15 "
Durch Streikmarken gingen ein	1 835,85 "
Sonstige Einnahmen für Streiks	988,18 "
Rückfuß aus der Hauptkasse	36 903,58 "
Sonstige Einnahmen	130,56 "
Summa	333 132,75 M.

Ausgabe in den Zahlstellen.	
Erwerbslosen-Unterstützung	62 933,33 M.
Rechtschutz	691,50 "
Gemäßigten-Unterstützung	6 254,15 "
Umzugsgeld	1 487,40 "
Stempel	2 393,60 "
Streik-Unterstützung	38 121,99 "
Verwaltungsausgaben	55 072,37 "
In den Zahlstellen zurückgehalten	15 086,48 "
Abgegeben an die Verbandskasse	151 091,93 "
Summa	333 132,75 M.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.	
Gesamt-Einnahme.	
Kassenbestand vom vorigen Quartal	425 746,95 M.
Von den Zahlstellen eingekauft	151 091,93 "
An freiwilligen Zuwendungen für Streiks	1 367,90 "
Berlin, Streikunterstützung zurückbezahlt	10 793,80 "
Görlitz	63,40 "
Zelmendorf	10,36 "
Riel, Umzugsgeld zurückbezahlt	35, — "
Schönebeck, Rechtschutz	44, — "
Edin (Zoh. Müller)	30, — "
Zwidau (Seymann)	10, — "
Waldenburg (Schobert)	30, — "
Ohne Abrechnungen eingekauft	95,24 "
Beitragnehmern 3. Quartal 1905	18,10 "
Beiträge von Einzelmitgliedern	187,10 "
Protokolle	102,20 "
Gierate	61,60 "
Post-Kalender	896,30 "
Funerale	121,50 "
Zinsen pro 1905	9 800,87 "
Sonstige Einnahmen	59,20 "
Summa	600 565,45 M.

Gesamt-Ausgabe.	
An Streik-Unterstützung	87 977, — M.
An gemäßigten Mitglieder	222, — "
An Stempel	30, — "
An Umzugsgeld	55, — "
An Rechtschutz	6,60 "
An Erwerbslosen-Unterstützung	55,20 "
An Schriftsteller-Honorar	60, — "
An Gehältern	2 549,99 "
An Versicherungsbeiträgen	270, — "
An Beiträgen für die Generalkommission pro 2. und 3. Quartal 1905	3 816,40 "
An Kontants-Unterstützung	170, — "
Für Agitation	8 184,52 "
Für Vorstand des „Proletarier“, Nr. 21—26	1 397,26 "
Für Band des „Proletarier“, Nr. 21—26	3 910,30 "
Für Druckarbeiten	898, — "
Für Buchhändlerarbeiten	2 350, — "
Für Bindfäden, Lederzappe, Pergament	100,40 "
Für Karten und Stempel	449,17 "
Für „Gleichheit“	765, — "
Für „Oswiata u. „Operaio Italiano“	177,22 "
Für Heimarbeit-Ausstellung	150, — "
Für Post-Kalender	1 452,60 "
Für Zeitungsbekanntmachung	29,49 "
Für Bureau-Miete, Heizung, Beleuchtung und Reinigung	154,53 "
Für Anshöhe im Bureau	702, — "
Für Zehnellen-Revision	12, — "
Ergänzung der Verbands-Bibliothek	17, — "
Für Schreibmaterialien	13,25 "
Entschädigung für Feinzer und Revisoren	95,50 "
Entschädigung für den Ausschuss	9,35 "
Formo und Beleggeld	868,13 "
Nicht eingezogene Gelder	553,35 "
Zweifel eingekauftes Geld zurückbezahlt	4,80 "
Zusätzlich in die Einnahme gestellt im 3. Quartal 1905	814,25 "
Rückfuß an die Zahlstellen	36 903,58 "
Sonstige Ausgaben	— 45 "
Summa	155 224,34 M.

Bilanz.	
Gesamteinnahme	600 565,45 M.
Gesamtausgabe	155 224,35 "
Reibt: Kassenbestand	445 341,11 M.

Hannover, den 17. April 1906.
Aug. Frey, 1. Vorsitzender. Heinz Sach, 2. Vorsitzender.
Fritz Bruns, Kassierer.
Karl Bauer, Ferdinand Philipps, Revisoren.

Verbandsnachrichten.

Der Verband des „Proletarier“ beginnt nunmehr Dienstag vor dem Erscheinungstage. Dadurch tritt Schluß der Redaktion bereits Montag mittag 12 Uhr ein. Alle Anzeigen müssen Montag früh in unseren Händen sein. Günstige Bewilligungen entsprechend früher.

Für Verband des „Proletarier“ beantragte Bewilligungen müssen Montag mittag spätestens und zugegangen sein; später eingehende können nicht mehr berücksichtigt werden.

J. A.: Aug. Frey.

Quittung.			
Vom 25. April ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:			
Mutterstadt	444,98.	Miesitz	93,60.
Köth	14,20.	Stolz	180,50.
Brudorf	178,38.	Rarey	110,10.
Weißenau	71,80.	Schneidhain	25,84.
Vernsburg	68,—.	Ernstleben	16,94.
Geschnitz	57,62.	Pawesin	33,48.
Stettin	688,38.	Eplingen	255,02.
Schwenningen	76,65.	Kastel	55,26.
Mülheim	265,24.	Ludwigs-hafen	2533,10.
Siegershausen	100,81.	Konstanz	157,90.
Lauenburg (Elbe)	123,74.	Ammendorf	235,42.
Uedermünde	53,73.	Sonneberg	88,42.
Duisburg	87,66.	Thale	210,—.
Gevelsberg	19,74.	Heymann	10,—.
Cutin	1,95.	Wandshel	127,99.
Merseburg	186,42.	Oberberg	160,98.
Hagen	63,50.	Kaiserlautern	200,—.
Welsleben	74,86.	Liebenwalde	9,90.
Eggenin	3,38.	Geithain	72,84.
Oberhausen	22,80.	Eilenburg	100,—.
Sebnitz	111,67.	Lützenau	24,—.
Burg a. Fehm.	23,02.	Werber	409,97.
Sirßberg	54,70.	Höfch	a. M. 791,22.
Heubach	67,20.	Schlichtheim	60,—.
Sauer	15,85.	Oslau	24,—.
Speier	300,—.	Nürnberg	104,13.
Freienwalde	100,—.	Feuerbach	109,14.
Gitterwinden	83,04.	Braunschweig	6,30.
Frankenthal	150,—.	Umshorn	268,77.
Waldenburg	50,—.	Seligenthal	15,48.
Dösch	36,08.	Lauterbach	36,28.
Witona	750,—.	Wilsdorf	180,04.
Heterfen	103,90.	Oranienburg	214,38.
Efen a. R.	90,42.	Rageburg	72,64.
Erbenheim	26,06.	Gmund	60,—.
Muskan	27,—.	Dittersheim	78,90.
Stadtholendorf	164,—.	Anklam	117,16.
Barth	144,72.	Zemmel	5,—.
Einzelmitglieder	54,60.	Pöslin	163,14.
Bremen	400,—.	Langesfelde	278,76.
Solzen	132,88.	Rauen	397,75.
Greifen	238,72.	Wariade	88,10.
Hersfelde	88,88.	Freifing	6,—.

Schlutz: Montag, 7. Mai, mittags 12 Uhr.
Berichtigung. In Nr. 9 muß es heißen: Pulheim 29 M., nicht Köln.

Zur Erhebung eines Extrabeitrages haben Zustimmung erhalten:

- Zahlstelle Döbeln pro Woche und Mitglied 5 Pf.
- Zahlstelle Karlsruhe pro Woche und Mitglied 5 Pf.
- Zahlstelle Offenbach pro Woche und Mitglied 5 Pf.
- Zahlstelle Oberhausen pro Woche und Mitglied 5 Pf.
- Zahlstel. Dederan männliche 10 Pf., weibliche 5 Pf. pro Monat.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

B.-N. 1079, ausgestellt auf den Namen Hermann Siekmann am 1. November 1904 in Bielefeld.
B.-N. 116 699, ausgestellt auf den Namen Georg Hanse am 28. Januar 1906 in Westerland.
B.-N. 18586, ausgestellt auf den Namen W. Seie in Gießen.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Barth a. d. Ostsee. (Gau 4.) W. Schabe, Baustraße.
Brandenburg. Aug. Heinrich, Dom h. W.
Detmold. Hermann Bude, Heidenoldendorfer bei Detmold.
Detmold. Vereins- und Versammlungslokal ist das Gewerkschaftshaus „Zentralhalle“ (Inhaber Heinrich Uebele), Weinberg- und Freilichtstraße-Ende.
Gießen. Aug. Garbelmann, Wolpertstraße 7.
Geithain. Ernst Schlegel, Katharinenstraße 43.
Gmund. Karl Lehner, Fabrikarbeiter in Mariastein, Post-Schaflach, Oberbayern.
Hannov.-Münden. Wily. Meyer, „Berliner Hof“.
Königsutter. (Gau 1.) Franz Zahn, Purismühle.
Rauheim. Wily. Popper, Mittelstraße 26.
Oberhausen (Rheinland). H. Sieckler, Nordstraße 24, parterre.
Schlichtheim i. Elb. (Gau 6.) Jos. Schmidt, Klein-Niedel 3.
Schweinitz (Elster). (Gau 3.) H. Gädike, Ditzförde bei Schweinitz.
Stadtilm. Oskar Tourjel, Wilhelmstraße 11.
Straßburg. Reiseunterstützung wird von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, Sonntags von 12—2 Uhr ausbezahlt.
Straßburg i. U. (Gau 3.) Wily. Berndt, Königsstr. 3.
Stolz i. P. Herrn. Seif, Kl. Gartenstraße 21.
Wembach. Heinrich Streum, Meißlerstraße 7.
Westerland. M. O. L. u. S., Tinum.

Inserate.

Zahlstelle Büxow.
Die Mitglieder-Versammlungen finden immer am zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, bei Fretwurst, Ebernbruch 26, statt. [75 J]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Köpenick.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Auszahlung von Gewerkschaften-Unterstützung jeden Sonntag von 9—11 Uhr vormittags im Verkehrslokal von Paul Nordmann, Elisabethstraße 11, stattfindet. Auch sind daselbst zu jeder Zeit alle Nachfragen zu halten. [75 J]
Bitte auszeichnen und aufbewahren.
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hamburg.
Montag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Horn, Höhe Bleichen:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Verbandstage und Einreichung von Anträgen zu demselben.
2. Vorschlag der Delegierten-Kandidaten.
3. Beschlußfassung, ob in mehreren oder einem Lokale die Delegiertenwahlen stattfinden sollen. [1,20 A]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Langelshausen u. Umgegend.
Sonntag, den 13. Mai 1906:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl eines Delegierten zur Gauleitung.
3. Verschiedenes. [1,35 A]

Zahlstelle Offenbach.
Wir suchen für unsere Zahlstelle einen
Ortsbeamten.
Die Anstellung erfolgt auf Grund der vom letzten Verbandstage festgelegten Bedingungen.
Mitglieder, welche auf die Stelle reflektieren, wollen ein Bewerbungsschreiben bis zum 1. Juni an den Unterscheideten einreichen.
Martin Knöchel,
Offenbach a. M., Bettinastraße 24.
[1,65 A]

Zahlstelle Stettin u. Umgegend.
frucht zum 1. Juli 1906 einen weiteren
Lokalbeamten.
Die Anstellungsbedingungen entsprechen denen der Gauleitung.
Bewerbungsschreiben sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 1. Juni 1906 an den Kollegen A. Becker, Stettin, Langstr. 9, 1. Et., zu richten. [1,50 A]
Die Kommission.

Zahlstelle Heterfen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen jeden ersten Donnerstag im Monat, abends 8 Uhr, in O. Wackers Herbergs abgehalten werden.
Die Bevollmächtigten. [80 J]

Verband und Landarbeiterfrage.

Die Zahlstellenleitungen des Gaues 3 hielten kürzlich zu Berlin im „Hofenthaler Vereinshaus“ eine Konferenz ab, um zu dem diesjährigen Verbandstag der Organisation Stellung zu nehmen. Eingeladen und erschienen waren hierzu auch drei Parteivertreter von der Agitationskommission der Provinz Brandenburg, sowie der Reichstagsabgeordnete Artur Stadthagen. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Erörterung der Frage: „Was hat der Verband zu tun, um die Organisation der Landarbeiter endlich in die Wege zu leiten?“

Das Referat hierüber hielt der Bevollmächtigte Bruns von der Zahlstelle Berlin. Er und die Diskussionsredner führten etwa folgendes aus: Der Verband nenne sich seit seinem Bestehen nicht nur Fabrik- und Hilfsarbeiterverband, sondern auch Landarbeiterverband. Wenn nun auch mit freudiger Genugung zu konstatieren sei, daß die Organisation der ungelerten Fabrik- und Hilfsarbeiter im Laufe der Jahre gute Fortschritte gemacht habe, so könne bisher doch von einer Organisation der Landarbeiter leider so gut wie gar nicht die Rede sein. Nur eine winzige Anzahl von Landarbeitern gehöre dem Verbands an. Diese Zahl könnte aber zweifellos größer sein, wenn der Hauptvorstand der Landarbeiterfrage eine größere Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Vielleicht lasse sich ja zur Entschärfung des Hauptvorstandes anführen, daß dieser naturgemäß sein Hauptaugenmerk zunächst auf die größtmögliche Stabilisierung der Organisation richten mußte, indem er durch Gewinnung einer namhaften Zahl von Fabrikarbeitern die ständigen Cadres an Stammitgliedern in allen Verbandsgauen sicherte, wodurch eine erhöhte Bedeutung und Leistungsfähigkeit der Organisation gewährleistet wurde. Hierzu komme auch, daß die Gewinnung von Fabrik- und industriellen Hilfsarbeitern für die Organisation, so schwierig sie auch immer sein mag, doch bei weitem nicht solchen Schwierigkeiten und Hemmnissen begegnet, wie die Gewinnung von Landarbeitern. Trotz alledem hätte von Verbands wegen mehr für die Organisation der Landarbeiter gesehen werden müssen. Wenn man in der Gewerkschaft die Organisation der Landarbeiter für unmöglich halte und etwa demzufolge nichts für diese Arbeitergruppe tun wolle, dann möge man wenigstens konsequent sein und die Bezeichnung „Landarbeiterverband“ aus dem Organisationsstiel einfach streichen. Unter den gegenwärtigen Umständen sei das Wort „Land“ lediglich eine unnütze Dekoration und verlängere nur unnötigerweise den ohnehin schon etwas länglichen Namen des Verbandes. Nun könne es aber keinem Zweifel unterliegen: die Organisation der Landarbeiter ist möglich, sie müsse nur ernsthaft in die Hand genommen und anders angegangen werden wie bisher. Alles, was bislang zur Aufklärung der Landarbeiter geschehen ist, das sei lediglich von unserer sozialdemokratischen Partei aus getan worden; die Gewerkschaften hätten sich sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit um die Lösung der Landarbeiterfrage überhaupt nicht oder doch nur in ganz beschwichtigend geringem Maße fast rein theoretisch gekümmert. Und das, obwohl jede Gewerkschaft einsehe und beteuere, daß die Landarbeiterfrage nicht nur für die Gewerkschafts-, sondern auch für die gesamte Arbeiterbewegung von der allergrößten Bedeutung sei und tagtäglich brennender werde. Scharenweis strömen Landarbeiter alljährlich in die Städte und Industriorte, wo sie dann, um unterzukommen, naturgemäß als Wohnbrüder auftreten. Immer häufiger kommt es auch vor, daß sie von dem Unternehmertum zu Streikbrecherdiensten verwendet werden, was bei der zunehmenden Arbeitsteilung im Produktionsprozess um so leichter wird, je einfacher und mechanischer die zu verrichtenden Handleistungen werden. Schon dieser Umstand müßte genügen, um den energigsten Versuch zu machen, die Landarbeiter zu organisieren, damit das Massenbewußtsein bei ihnen schon entwickelt und ausgeprägt werde, noch ehe sie sich zur Abwanderung nach den Städten entschließen.

Doch noch dringender erforderlich sei die Organisation der festhaften Landarbeiter. Diese Aufgabe werde bald eins der Hauptprobleme der Gewerkschaftsbewegung bilden müssen. Und damit komme man vor die Frage: Wie ist die Organisation der Landarbeiter zu betreiben?

Zweifellos sei der Fabrik- und Hilfsarbeiterverband von vornherein am ehesten geeignet, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Landarbeiter in die Hand zu nehmen, weil viele seiner Mitglieder, wie Ziegeleiarbeiter und Industriehilfsarbeiter, in ständiger Berührung und Fühlung mit den Landarbeitern stehen. Eine beträchtliche Anzahl der ersteren wohnen sogar in den Dörfern oder kleineren Stadtteilen und arbeiten je nach der Saison zeitweise in der Industrie und zeitweise in der Landwirtschaft. Der berufliche Anschluß an die Landarbeiter ist dem Verband also gegeben, und er wurde auch von vornherein als vorhanden angenommen, sonst hätte man sich bei der Gründung des Verbandes wohl gar nicht erst mit dem Gedanken der Aufnahme von Landarbeitern in die Organisation getragen. Auch die Stabilität des Verbandes ist jetzt gesichert, so daß er mit seinen gegenwärtig 100 000 Mitgliedern nunmehr doppelt und dreifach die Pflicht fühlen müsse, sich endlich seiner ursprünglichen gestellten Aufgabe zu erinnern und an die Organisation der Landarbeiter heranzugehen.

Freilich sei es ausgeschlossen, daß die Landarbeiter einen wünschenswerten Beitrag von 30 Pf., wie er jetzt für den Verband gelte, zu zahlen vermöchten; das lasse ihr geringer Verdienst nicht zu. Die Beitragsleistung müßte also eine ganz erheblich niedrigere sein. Sie müßte dem Verdienst der Landarbeiter angepaßt werden und dürfe höchstens nur 10 Pf. für Männer und 5 Pf. für Frauen betragen. Dieser niedrige Beitrag bedinge aber auch ganz naturgemäß die Gründung einer selbständigen Landarbeitersektion unter der Leitung des Verbandes. Entsprechend dem niedrigen Beitrage seien auch die Gegenleistungen zu bemessen. Das Hauptgewicht werde auf eine ausgedehnte Gewährung von Rechtschutz zu legen sein. Aus der notorisch schlechten Behandlung der Landarbeiter, ferner aus ihrer und Gebundenheit durch Tagelöhnerkontrakte oder Inskriptionsverträge, sowie aus der Handhabung der mittelalterlichen Gesindeordnung ergeben sich so unzählige Konflikte im Dienst- und Arbeitsverhältnis der Landarbeiter, daß die Gewährung von Rechtschutz sicher ein sehr geeignetes Mittel wäre, das Interesse an der Organisation baldigst bei ihnen wachzurufen. Auch die Gewährung einer Maßregelungs-, Umzugs- und Sterbeunterstützung wäre in Betracht zu ziehen. Gerade darin, daß man den Landarbeiter nur stets mit bloßer Aufklärungsliteratur oder mündlicher Klärung seiner Lage, niemals aber mit positiven Gewerkschaftsarbeiten gekommen sei, liege wohl die Hauptursache unserer bisherigen Mißerfolge der ländlichen Agitation und der Grund der bedauerlichen Indifferenz des ländlichen Proletariats gegenüber den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung. Man müsse den Landarbeitern eben etwas bieten, genau so, wie es jetzt bei den Industriearbeitern geschieht, dann wird der Organisationsgedanke auch Wurzel bei ihnen schlagen. Anfanglich wird sich die Agitation und die Werberarbeit für die Organisation nur erst auf die umliegenden Dörfer derjenigen Städte, wo der Verband bereits Fuß gefaßt hat, erstrecken können. Bei dem in ganz Deutschland aber so überaus stark entwickelten Sachfengängerwesen und dem landesüblichen Schnitterverding dürfte es sich schon nach wenigen Jahren auch in den Kreisen der Stuttagelöhner der abgelegenen Gegenden herumzupreisen, welche Vorteile den Landarbeitern aus der Organisation erwachsen. Der Einwand, als könnten sich die Landarbeiter laut Gesetz einer Organisation überhaupt nicht anschließen, muß als irrig bezeichnet werden. Das Gesetz verbietet den Landarbeitern nur das Streiken, nicht aber den Zusammenschluß in einer Berufsorganisation. Falls nun, was wahrscheinlich zu erwarten ist, die von den Landarbeitern zu zahlenden Beiträge zur Gewährung der vorgeschlagenen Gegenleistungen nicht ausreichen, so wäre zu erwägen, ob sich hier vielleicht ein Zwischenschritt aus allgemeinen

Gewerkschafts- oder Parteimittelem empfehlen würde. Gerade das Feld der Landarbeiteragitation und -Organisation eignet sich wie kein zweites zum innigsten Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaften. Ja, das ganze Gelingen einer solchen Landarbeiterorganisation würde von dem engen Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften direkt abhängen. Es müßte natürlich Sache des Verbandsvorstandes resp. der Generalkommission sein, sich über die Art und den Grad dieses Zusammenwirkens mit der Partei zu verständigen. Wie dies alles in seinen Einzelheiten zu regeln sei, das müsse natürlich späteren Spezialerörterungen vorbehalten bleiben. Die Hauptsache sei, daß die Frage endlich einmal in Fluß gebracht werde. Vor allem müsse darauf gedrungen werden, daß die Landarbeiterfrage auf dem diesjährigen Verbandstage in Leipzig zur gründlichen Verprechung gelange. Ein vernünftiger Anfang sichere auch den Fortschritt.

Nachdem sich auch der Genosse Stadthagen, sowie der Obmann der Agitationskommission, Leo Jucht, sympathisch zu der Sache geäußert, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Konferenz der Zahlstellenleitungen ist nach dem einleitenden Referat und der ausgiebigen Diskussion der Leberzeugung, daß die Landarbeiter unbedingt für unsere Organisation gewonnen werden müssen. Zur wirksamen Durchführung dieses Organisationsgedankens schlägt die Konferenz dem Verbandsvorstand vor, für die Landarbeiter eine eigene Sektion zu bilden und die Beiträge für Männer und Frauen auf eine ihrem Arbeitsverdienst entsprechende Höhe zu normieren, unter gleichzeitiger Festsetzung entsprechender Gegenleistungen. Das Verbandsorgan ist so auszugestalten, daß es fortab auch der Aufklärung der Landarbeiter dient. Die Verbandstagsdelegierten aus dem Gau verpflichten sich, für die Verwirklichung dieser Anregung auf dem Verbandstage in Leipzig mit aller Energie einzutreten.“

Unter anderem erklärte sich die Konferenz auch für eine zeitgemäße Regelung der Meißnerfrage für den ganzen Organisationsbereich mit dem Wunsche, daß der Verbandstag feste Normen zur Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe schaffen möge.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Unsere weitere Agitation“ hielt Kollege Hennrich das einleitende Referat. Der Gauvorstand wird oftmals nach Zahlstellen gerufen, wo wirklich intelligente Kräfte vorhanden sind. Oftmals stehe der Gauvorstand vor schon gegebenen Tatsachen, wie Streiks usw. Eine eigentliche Agitation des Gauvorstandes wird hierdurch unterbunden und seine Arbeiten erschwert. Die Konkurrenz der um Berlin liegenden Zahlstellen gegen Berlin habe gefähliche Formen angenommen. Bei der Elektroausperrung wäre ein einheitliches Zusammenarbeiten der Zahlstellen am Platze gewesen. Wie recht Berlin mit seiner Idee, Zahlstelle Groß-Berlin, habe, bewiese ja die immer mehr zunehmende Erkenntnis einer einheitlichen Zahlstelle. Mit Grenzstreitigkeiten der Bruderverbände habe unser Gau schwer zu kämpfen. So habe sogar der Porzellanarbeiterverband Agitation bei den Ziegeleiarbeitern in Rathenow eingeleitet. Auch in betref der Auszahlungen der Unterstützungszweige ist mangelhaftes Verständnis unter den leitenden Kollegen zu konstatieren. Unberechtigte Auszahlungen haben in verschiedenen Drien stattgefunden. In der nun folgenden sehr regen Diskussion, in der die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt wird, beschäftigten sich die einzelnen Redner mit der Idee Zahlstelle Groß-Berlin. Eigentliche Bedenken gegen eine Zusammenfassung der umliegenden Zahlstellen mit Berlin wurden nicht erbracht, nur der persönliche Egoismus der einzelnen Zahlstellenleiter habe dies bisher verhindert. Eine Konferenz der einzelnen Ortsvereinigungen mit Berlin werde in dieser Frage noch stattfinden.

In betref der Neugründung eines Ziegeleiarbeiterverbandes sprachen sich die Zahlstellenleiter, deren Mitglieder nur aus Ziegeleiarbeitern bestehen, gegen eine derartige Gründung aus.

Zum Schluß fand eine Aussprache zwecks Stellungnahme zum Verbandstage statt. Ausgeführt wurde: Das Streikreglement müsse eine tiefgreifende Änderung erfahren. Für einheitliche Beiträge müsse auch eine einheitliche Streikunterstützung gezahlt werden. Eine Erhöhung der Beiträge sei erforderlich. Mit dem System Verbandsvorsitzender und Redakteur in einer Person müsse gebrochen werden, hierdurch könne auch der „Proletarier“ achtstellig erscheinen. Mit einem Hoch auf unseren Verband schloß die Konferenz.

Fabrikarbeiterverband und Landarbeiterfrage.

Dazu schreibt man uns:

Die Zahlstellenleitungen des Gaues Brandenburg haben am Karfreitag in Berlin sich mit der Organisation der Landarbeiter beschäftigt und den Verbandsvorstand durch eine Resolution ersucht, „für die Landarbeiter eine eigene Sektion zu bilden und die Beiträge für Männer und Frauen auf eine ihrem Arbeitsverdienst entsprechende Höhe zu normieren, unter gleichzeitiger Festsetzung entsprechender Gegenleistungen.“ Das Verbandsorgan ist so auszugestalten, daß es fortab auch der Aufklärung der Landarbeiter dient.“ Zu dieser Resolution und zu den je begründenden Ausführungen der in der Konferenz aufgetretenen Redner möchte ich sofort einige Bemerkungen machen, um den Verbandskollegen Gelegenheit zu geben, auch die entgegengesetzte Auffassung der Dinge in den Kreis ihrer Erörterungen zu ziehen.

Es ist dort behauptet worden, der Verbandsvorstand habe sich nicht genügend um die Landarbeiter gekümmert. — ein Vorwurf, der, regelmäßig wiederkehrend wie das liebe Mädchen aus der Fremde, auch dem Parteivorstand gemacht wird — die Partei habe alles zur Aufklärung der Landarbeiter Geschene auf ihr Konto zu schreiben, die Gewerkschaften hätten sich überhaupt nicht oder nur in ganz verächtlich geringem Maße, fast rein theoretisch um die Lösung der Landarbeiterfrage gekümmert. Unseren Verbandsvorstand brauche ich nicht in Schutz zu nehmen; ich will nur erklären, daß ein etwaiger Vorwurf, sofern er in jenen Behauptungen liegen sollte, an ihm abprallen muß, weil er das Gegenstück der Wahrheit enthält. Für die in unserem Verbands seit langen Jahren außerhalb des Vorstandes organisatorisch und agitatorisch praktisch tätigen Kollegen darf ich aber erklären, daß es von einer geradezu unbegreiflichen Unkenntnis unserer Verbandsentwicklung zeugt, wenn man behauptet, sie hätten sich um die Lösung der Landarbeiterfrage bisher überhaupt nicht gekümmert. Wir alle sind „auf die Dörfer gegangen“ und wir alle haben manchen Landarbeiter für den Verband gewonnen, ehe in Groß-Berlin unsere Organisation überhaupt festen Fuß gefaßt hatte. Wenn das äußerlich nicht so auffällig in die Erscheinung tritt, so liegt das an der allbekannten Tatsache, daß gerade die intelligenten Landproletarier — und die gewinnen wir immer zuerst — dem Zuge in die Stadt zu folgen pflegen, oft auch folgen müssen. Unter unseren Verbandskollegen sind ehemalige Landarbeiter, auf dem Land für uns gewonnen, in ganz respektablem Zahl vorhanden; und sie sind nicht eben die schlechtesten Kollegen. Als Parteigenosse endlich, der jahrelang in überwiegendem Maße der ländlichen Gebieten, die fast rote Färbung angenommen haben, heute politisch noch recht wenig bedeuten würden ohne die inzwischen erfolgte rasche Arbeit der Gewerkschaften und Gewerkschaftler. Es wäre geradezu schändlich, wollte man das nicht eingestehen und anerkennen.

Das zur Kritik der Kritik!

An sich nun begreife ich es mit Freuden, daß die Landarbeiterfrage auf unserem Verbandstage einmal gründlich erörtert werden soll. Schon deshalb, weil dann die Gelegenheit gegeben ist, gewisse falsche Vorstellungen aus gewissen Köpfen zu verbannen.

Unsere getreuen Brandenburger kennen in ihrer Resolution zum Teil offene Türen ein. Die entsprechenden Gegenleistungen, von denen die Rede ist, gewährt unser Verband seinen Mitgliedern längst. Er bietet ihnen die Erwerbslosen-, die Meißner-, die Gewerkschafts- oder Parteimittelem empfehlen würde. Gerade das Feld der Landarbeiteragitation und -Organisation eignet sich wie kein zweites zum innigsten Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaften. Ja, das ganze Gelingen einer solchen Landarbeiterorganisation würde von dem engen Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften direkt abhängen. Es müßte natürlich Sache des Verbandsvorstandes resp. der Generalkommission sein, sich über die Art und den Grad dieses Zusammenwirkens mit der Partei zu verständigen. Wie dies alles in seinen Einzelheiten zu regeln sei, das müsse natürlich späteren Spezialerörterungen vorbehalten bleiben. Die Hauptsache sei, daß die Frage endlich einmal in Fluß gebracht werde. Vor allem müsse darauf gedrungen werden, daß die Landarbeiterfrage auf dem diesjährigen Verbandstage in Leipzig zur gründlichen Verprechung gelange. Ein vernünftiger Anfang sichere auch den Fortschritt.

ich, ferner Sterbegeld und Umzugskosten, also alles, was auf der Konferenz als notwendig bezeichnet wurde. Es war also höchst deplaziert und unbedacht, zu erklären, man sei dem Landarbeiter niemals mit positiven Gewerkschaftsarbeiten gekommen, man müsse ihm etwas bieten, genau wie es bei den Industriearbeitern geschehe. Sollte so von einem Verband Kollegen geredet worden sein, dann müßte man wirklich sagen: „Wo hat der Mann Augen und Ohren gehabt?“ Die Landarbeiter nehmen unsere Unterstützung seit langen Jahren zum Teil sehr gründlich in Anspruch. Die Kollegen würden staunen, könnte ihnen beispielsweise vorgerechnet werden, welche großen Summen allein die Zahlstelle Lübeck alljährlich an Sachfengänger als Rekrutierungszahlung auszahlte, die in der landwirtschaftlichen Saisonarbeit Schleswig-Holsteins tätig sind. In dieser Beziehung fehlt es also an nichts. Wir werden mit Freuden auch weiterhin unseren ländlichen Kollegen die ausgiebigste Ausnutzung unserer „positiven Leistungen“ verfallen lassen.

Um dieses durchzuführen, dürfen wir um keinen Preis der Welt den Brandenburgern durch Dick und Dünn auf dem von ihnen vorgeschlagenen Wege folgen. Der Vorschlag, Wochenbeiträge von 10 und 5 Pfennigen zu schaffen, ist geradezu gemeingefährlich und führt uns direkt wieder zurück in das Glend, an dem unsere Organisation so lange gekrankt hat und das glücklicherweise überwinden haben allen tätigen Verbandskollegen zur Freude und zum Sieke gereicht. Es ist mir einfach unverständlich, wie ein denkender und geschulter Kollege sich heute noch einreden — oder einreden lassen? — kann, mit Zehnprozentbeiträgen würden wir auf dem Lande irgendwie größeren Erfolg erzielen, als mit dem jetzigen Beitrage. Wir haben ja einst jenen Beitragsatz geschäft, der unseren Verband zu einem der schlimmsten Taubenschläge machte. Und da entfinne ich mich noch mit wahren Vergnügen einer Veramantung, die ich in einem kleinen mecklenburgischen Landorte abgehalten. Ich hatte den Tagelöhner der umliegenden Dörfer und Güter ausgerechnet, was der Verband wolle und was er leiste. Da meinte er: „Schlichter Gutarbeiter: „Werst mit dein Penning können wir nicht viel utrachten!“ Der Mann hatte den Nagel als guter Redner auf den Kopf getroffen und gleichzeitig die unbestreitbare Tatsache zugegeben, daß die Landarbeiter unsere heutigen Beiträge nicht nur bezahlen können, sondern, sondern, richtig belehrt, auch bezahlen. Unsere Genossen und Kollegen beurteilen die Lage der Landarbeiter vielfach sehr einseitig. Gewiß, — Hunderttausende von Landarbeitern leben in äußerst schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen, in halber Leibeigenschaft, geistig und körperlich verwaifelt. Das weiß der am besten, der, wie Schreiber dieses, aufgewachsen ist inmitten eines Junkerparadieses und Zeit seines Lebens in innigster Berührung mit dem flachen Lande geblieben ist. Aber — kein noch so erbärmlich entlohnter, kein noch so übermäßig ausgebeuteter Landarbeiter, dem man nicht einen ebenso erbärmlich entlohnten, ebenso übermäßig ausgebeuteten Industrieproletarier an die Seite stellen könnte! Gewiß leben die Sachfengänger in den Schnitterlagern teilweise „unter dem Vieh“ — und doch: hinsichtlich ihrer Ernährung stehen sie immer noch — sagen wir ruhig: gleich dem Vieh in des Junkers Ställen — recht hoch über dem Genußindustriearbeiter, dessen zum Himmel schreiendes Skavenlos wir erst jüngst wieder im hellen Sonnenlichte der Deftlichkeit kennen lernten. Und wie wir gut bezahlte gewerbliche Arbeiter haben, so haben wir auch gut bezahlte Landarbeiter. Zahlreiche ländliche Proletarier werden sich hüten, mit unseren städtischen Arbeitern, mit den Delarbeitern, den Zementarbeitern zu tauschen. Es wäre für sie ein schlechterer Tausch. Es ist grundberkehrt, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landarbeiters durchschnittlich als nur $\frac{1}{3}$ so stark anzusehen wie die des Industriearbeiters; wir treffen vielmehr das richtige, wenn wir annehmen, daß der Unterschied nur ein ganz unmerklicher ist und daß der scheinbare Unterschied dadurch geschaffen wird, daß der Landarbeiter allerdings weniger Bruggeld in die Finger bekommt als der städtische Arbeiter. Für die Beitragszahlung entscheidend ist aber nur die Frage, wie weit sie reichen mit dem Gelde. Und da ist die Strede bei beiden gleich lang, oder besser gesagt, gleich kurz. Für unseren Verband ist es einfach ein Un Ding, in der vorgezeichneten Weise vorzugehen. Ich halte sogar den vielfach geäußerten Wunsch, Staffelleitungen nach Höhe des Lohnes zu schaffen, für undurchführbar, weil gleicher Lohn je nach der Dertlichkeit recht verschiedene Leistungsfähigkeit nicht ausschließt. Da absolute Gerechtigkeit zu schaffen, ist einfach nicht möglich. Unsere Aufgabe wird es bleiben, nötigenfalls unter Aufwendung größerer Mittel, die der Verbandstag zu bewilligen haben würde, den Landarbeitern Zweck und Nutzen der Organisation und die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit des Verbandes verbürgende Beiträge zu zahlen, begreiflich zu machen. Dem Steine der Aufklärung wird es gelingen, den Stein des Indifferenzismus zu hohlen. Ueber Nacht, durch ein Wunder wird es nicht gelingen, hier Breche zu legen, da bedarf es unablässiger, zäher Arbeit von Männern, die, die Tatsachen kennend, sich an ihr Werk machen und vor allem nicht vor Ungeduld ins planlose Experimentieren verfallen.

Es ist auf der Konferenz der Gedanke propagiert worden, daß bei 10 Pfennigen entsetzende Defizit als allgemeinen Gewerkschafts- oder Parteimittel zu decken. Auch das werden wir ganz entschieden ablehnen müssen. Als Parteigenosse und Parteibeamter, der auch als Gewerkschaftler jederzeit tätig war, weiß ich das „innige Zusammenarbeiten“ von Partei und Gewerkschaften nach Gebühr zu würdigen — aber die Idee des „Staatszuschusses“ ist für mich einfach undiskutabel. Bei solchem Kochen würde der ganze Brei verderben. Partei und Gewerkschaften haben jede auf ihrem Felde zu adern und zu säen, die Ernte fällt beiden gemeinsam zu. Aber eine Verquickung der Finanzwirtschaft würde ganz unheilvolle Zustände schaffen. Der Tisch, an dem diese Pläne ausgedacht wurden, muß sehr grün gewesen sein. Daß unsere beileidigen Verbandskollegen ihm nicht sofort widersprochen haben, zeugt davon, daß sie noch recht viel praktische Erfahrungen sammeln müssen, ehe sie wirkliche Praktiker werden.

Unsere ganze Landagitation hat bisher, — das ist auch auf den Parteitag von alten Genossen unumwunden ausgesprochen worden — hauptsächlich daran gelitten, daß die ländlichen Verhältnisse schief und falsch beurteilt wurden. Gerade auf diesem Gebiete sind zahllose Mißerfolge zu verzeichnen, die zu einem großen Teile Mißgriffen zu danken waren. Es war beispielsweise geradezu unglücklich, daß noch zu einer Zeit, wo die „Leutenot“ akut war, wo die „Deutsche Tageszeitung“ offen bekannte: Wir können den Säulern und Hegern nicht entgegenreten, wie wir möchten, weil wir froh sein müssen, überhaupt Leute zu bekommen, daß zu einer so günstigen Zeit den Landarbeitern in allen möglichen Tonarten gepredigt wurde: „Ihr seid so abhängig, ihr könnt euch nicht rühren, ihr müßt euch ducken,“ so lange, bis sie es endlich wohl oder übel glauben mußten. Dabei hatte das leitende Agrarierorgan recht! Als aber auf einem Parteitage Genosse Naase-Königsberg dies aussprach, da wurde er mit echt großherkömmlichem Hohn überhäuft, und Genosse Jubel durfte ihn — leider unter dem Beifall des Parteitages — pöthlich zurufen: „Glückliches Dyrpeugen!“ Unter dieser Maßnahme ist von der Partei sehr viel verfaumt worden. Es sollte uns freuen, „revidierte“ man in dieser Beziehung seine rüchftändig-schädliche Auffassung. Man braucht ja nicht gleich in das andere Extrem zu verfallen, das Kreisen enthaumt, die auf der Konferenz rotgebend mitwirkten, den „Landarbeiter-Generalstreik“ zu propagieren oder auch nur gleich Zukunfts-Sollkannonen während in die Diskussion zu werfen. Es genügt völlig, wenn die Partei die auf der Konferenz vertretene Ansicht, daß es ohne unseren Verband auf dem Lande nicht im rechten Tempo vorwärts gehen kann, allgemein auf die Gewerkschaftsbewegung überträgt und es vermeidet, dieser die Arbeit zu erwähren. Gerade unter Verband hat schon oft Arbeit verrichtet, die zunächst als echte, rechte Sippusarbeit erschien und hinterher doch gelohnt hat.

Ich bin überzeugt, daß unser Leipziger Verbandstag auch hier das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

das Richtige treffen, daß er den Brandenburgern Rat schlägt nicht

folgen, sondern Mittel finden wird, die es möglich machen, unsere Brüder vom Lande uns anzugliedern als Kollegen mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Und ich würde es bedauern, wenn unsere Freunde vom märkischen Sande bis zum 8. August nicht eingesehen hätten, daß ihr an sich erfreulicher Drang nach vorwärts nie auf Irrwege geleitet hat, wenn sie durch Propagierung ungewandelter und — ich will mich auch zum Schluß gelinde ausdrücken — wenig überlegter Projekte den Verbandstag an fruchtbarer Arbeit hindern würden. Gerade in diesen kritischen Tagen haben wir besondere Uräfte, kaltblütig und mit scharfem Blick den Dingen ins Auge zu sehen. Nichts aber trübt den Blick mehr, als der ungeduldige Weger und die ärgerliche Ungebild, deren nörgelnder Sproß die Eintagsfliege ist, welche in Berlin aufblüht.

Korrespondenzen.

Altona - Ottenen. Am 18. April tagte bei Ahrendt unsere Versammlung. Kollege Hesse gab den Kassenbericht vom 1. Quartal 1906. Daraus ist zu ersehen, daß die Mitgliederzahl stark zugenommen hat. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Sodann wurde ein Antrag angenommen, dem zweiten Bevollmächtigten in Anbetracht der vielen Arbeiten, die er zu erledigen hat, 50 Mk. Zulage pro Quartal zu bewilligen. Betreffs der Gaulonferenz wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, die Delegierten nach der Mitgliederzahl zu bestimmen. An Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen 3. Bevollmächtigten J. wird Kollege B. per Klamation gewählt. Ferner wird beschlossen, ein Herbst- und ein Weihnachtsvergügen abzuhalten. Kollege Hesse berichtete über die Maifeier. Kollege S. sprach über den Wert, welchen die Vertretungs-Delegierten für die Organisation haben. Nachdem noch einige Sachen erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bremen. Im Geschäftsbericht der Bremer Gummiwerke "Roland" Mt. Ges., für das Betriebsjahr 1905 findet sich folgendes: "Das Geschäftsjahr 1905 hat nur zum Teil die Erwartungen erfüllt, die wir in unserem letzten Berichte ausgesprochen haben, da es uns leider nicht gelungen ist, ganz ohne Verlust abzuschließen. Immerhin ist ein wesentlicher Fortschritt dahin zu verzeichnen, daß unsere Bilanz keinen Betriebsverlust mehr aufweist, sondern von den Abschreibungen 15.923,15 Mark ungedeckt geblieben sind. Dieser Zustand hat hauptsächlich seinen Grund in der ungenügenden Umlauffähigkeit des ersten Halbjahres, welche aus den weiter unten genannten Gründen trotz größter Anstrengung nicht zu erhöhen war, während wir im zweiten Halbjahre ohne Verlust arbeiteten. Unsere im vorjährigen Bericht ausgesprochene Absicht, die Ausgabe für Löhne prozentual zu ermäßigen, ist uns in der Weise gelungen, daß wir den ebenfalls wesentlich höheren Umsatz im vergangenem Jahre mit einer nur unbedeutenden Mehrausgabe für Löhne erzielen konnten. Wir waren im vergangenen Jahre stets sehr beschäftigt, so daß wir in der Schnelligkeit der Verrichtung noch oft zurückblieben. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde eine abermalige Vergrößerung unserer Fabrik und Neuanschaffung weiterer notwendiger Maschinen beschlossen, wodurch sich gegen Ende des Jahres gezeigt hat, daß uns die notwendig gewesene schnellere Erledigung der vorliegenden Aufträge möglich geworden ist. Diese Erweiterung unserer maschinellen Anlage und der Arbeitsfähigkeit legt uns ferner in die Lage, unseren Umsatz weiter zu erhöhen, wofür gute Aussichten vorhanden sind." Der Betrieb steht nicht gänzlich, aber das respektiert doch noch lange nicht die bedeutende Mehrleistung, die den Arbeitern nach obigem Eingeständnis aufgebracht worden ist.

Charlottenburg. Tausend überschritten! 974 Kollegen, 63 Kolleginnen. Das ist das Resultat der Abrechnung vom ersten Quartal dieses Jahres, welche in der sehr stark besuchten außerordentlichen Versammlung vom 26. April bekannt gegeben wurde. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem 2. Bevollmächtigten einstimmig Entlastung erteilt. Der Hauptgrund unserer Generalversammlung war das unzufriedenstellende Verhalten von drei Älteren Verbandskollegen. Es war zu befürchten, daß durch ihre Klamationen die Entwicklung unserer Zahlstelle gehemmt würde; denn in jeder Versammlung kam es zu Reibereien und Händeln. Daß so etwas auf die jüngeren Kollegen keinen guten Eindruck machen kann, ist wohl jedermann verständlich, und mußten wir befürchten, daß die gewonnenen Kollegen uns bald wieder den Rücken kehren würden. Um dieses zu verhindern, — denn ein großer Teil der Kollegen drohte mit dem Austritt — beschloß man uns schon in unserer Versammlung vom 5. April mit der Angelegenheit und wurde beschlossen, in einer außerordentlichen Versammlung die Sache endgültig zu ordnen. Auch hier kam es wieder zu großen emotionalen Szenen und hatten die Vertrauensmänner den Vorsitz der 3 Kollegen Scheel, Stahlberg und Gräß nach § 7 Abs. 6 beantragt. Der Antrag wurde von der Versammlung mit überreicher Mehrheit angenommen. Und nun, Kollegen und Kolleginnen, da jetzt Ruhe herrscht, werden wir mit vereinter Kraft weiter arbeiten und arbeiten und es soll nicht zu lange dauern, dann werden wir auch das zweite Tausend erreicht haben.

Zülfeldorf. Sonntag, den 22. April, vormittags 11 Uhr, tagte im Gewerkschaftshaus unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Steltz erörterte den Geschäftsbericht. Im abgelaufenen Quartal waren 130 Aufnahmen zu verzeichnen. Alsdann wurde der Kassenbericht gegeben, wobei sich die herrschende Laune herausstellte, daß sich 60 Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand waren. Genosse Bente hielt alsdann einen Vortrag über: Die Bedeutung des 1. Mai. Er hielt es für die Pflicht der Arbeiter, am 1. Mai zu demonstrieren gegen die wirtschaftliche, soziale und politische Unterdrückung und für den Lohnkampf, Arbeiterrecht und Völkerverständnis. Die andere Seite des Rechts haben, öffentlich Kunde abzulegen für ihre Anschauungen, wie z. B. die langwierige Geschäftigkeit mit ihren Projektionen, so haben es auch die Arbeiter. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Kollegen zur Teilnahme an der Maifeier verpflichtete. Es wurde das Verhalten der Einzelnen in der Versammlung kritisiert, es wurde nicht einmal für nötig gehalten, an den Sitzungen teilzunehmen. Unter "Beschwerden" kamen die am hiesigen Orte von den Unternehmern heraufgeschwommenen Differenzen mit den Sommer- und Winterarbeitern zur Sprache. Die Versammlung gab zu erkennen, daß ihr Zweck sei, alles aufzubringen, um den Kollegen in diesem Kampfe zum Siege zu verhelfen.

Erwit. Am 21. April tagte unsere Versammlung. Der Vertrauensmann Genosse Hied erbat den Bericht vom 1. Quartal. Durch Vertreter der Organisation wurden erhebliche Mängel bei der Firma Kette angeführt, auch die Lohnbewegung bei der Firma Kette eingehend behandelt. Eingetragen sind 80 Kollegen und eine Kollegin, insgesamt drei. Davon ist ein Kollege abgetrennt, einer zu dem Komitee und einer zu den Vertrauensmännern übertragen. Am Schluß des Monats waren vorhanden 59 männliche und 2 weibliche Mitglieder. — Kommt noch 13 Aufnahmen seit 1. April, so daß die Mitgliederzahl jetzt 74 beträgt. Beschlossen wurde zunächst, eine Liste der Mitglieder zu erheben. Der Vertrauensmann in Verbindung mit dem Lagermeister beantragte, eine Liste der Namen von den 50 bis 70 Mitgliedern, die Antrag wird bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Kartellbesitz erörterte der Kollege D. Der Geschäftsbericht hielt ein kurzes Referat über die Bedeutung des 1. Mai. Hierauf wurden folgende Resolutionen: "Die heutige Mitglieder-Versammlung der Fabrik, Leinwand, Häfelfabrik und Arbeitervereine beschloß in der vollständigen Arbeiterschaft die wichtigste Feier des 1. Mai. Es mußte es deshalb jedem Kollegen zur Pflicht, so wie irgend die Möglichkeit besteht, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern."

Hamburg. Mitglieder-Versammlung am 23. April bei Herrn. Höhe 1. Der Bericht über den Kassenbericht vom ersten Quartal. Die Lohnbewegung wurde eingehend behandelt. Eingetragen sind 80 Kollegen und eine Kollegin, insgesamt drei. Davon ist ein Kollege abgetrennt, einer zu dem Komitee und einer zu den Vertrauensmännern übertragen. Am Schluß des Monats waren vorhanden 59 männliche und 2 weibliche Mitglieder. — Kommt noch 13 Aufnahmen seit 1. April, so daß die Mitgliederzahl jetzt 74 beträgt. Beschlossen wurde zunächst, eine Liste der Mitglieder zu erheben. Der Vertrauensmann in Verbindung mit dem Lagermeister beantragte, eine Liste der Namen von den 50 bis 70 Mitgliedern, die Antrag wird bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Kartellbesitz erörterte der Kollege D. Der Geschäftsbericht hielt ein kurzes Referat über die Bedeutung des 1. Mai. Hierauf wurden folgende Resolutionen: "Die heutige Mitglieder-Versammlung der Fabrik, Leinwand, Häfelfabrik und Arbeitervereine beschloß in der vollständigen Arbeiterschaft die wichtigste Feier des 1. Mai. Es mußte es deshalb jedem Kollegen zur Pflicht, so wie irgend die Möglichkeit besteht, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern."

Mann noch nichts gesagt. Die vom Gewerkschaftskartell ausgehenden Fragelarten betreffs Agitation unter den Frauen und Mädchen müßten sofort ausgefüllt und dem Kassierer wieder mitgegeben werden. Zu dem Thema: "Was ist beim Eintritt in die Lohnbewegungen strikte zu beachten?" führte Lewin aus: In den Zeiten aufsteigender Konjunktur versuchen die Arbeiter, auch ihre Verhältnisse aufzubessern, und da sind es denn hauptsächlich die, welche es bisher nicht für nötig hielten, sich der Organisation anzuschließen, die in der betreffenden Betriebs- oder Werkstättenversammlung darauf drängen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Hat nun diese Lohnbewegung eine Arbeitsniederlegung zur Folge, so sind laut Statut nur die unterstützungsberechtigten, welche mindestens drei Monate Mitglied der Organisation sind. Wenn nun in einzelnen Fällen auch die nicht unterstützten Kollegen unterstützt worden sind, so kann das für die Folge nicht mehr geschehen. Bei Eintritt in den Streik ist vor allen Dingen der Organisation sofort Mitteilung zu machen und das Streikreglement strikte innezuhalten. Nach Beendigung eines Streiks oder einer Lohnforderung ist es leider sehr häufig der Fall, daß sich die Kollegen nicht mehr um die Organisation kümmern und keinen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen geben. Das ist aber unbedingt notwendig, um eine genaue Statistik führen zu können. Die neuereintretenen Kollegen müssen über ihre Unterstützungsberechtigung aufgeklärt werden. Folgender Antrag wurde angenommen: "Alle Mitglieder, welche gemungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, sind moralisch verpflichtet, eine Maimarke zu nehmen." Als Delegierter für die am 17. Juni stattfindende Gaulonferenz wurde Lemmepom gewählt. Lewin gibt bekannt, daß in der Fabrik bei Hiermann 80 Mann in den Streik getreten sind. Da ungefähr 30 Mann nicht organisiert oder nicht unterstützungsberechtigt sind, beschloß die Versammlung, daß die Ortsverwaltung gegebenenfalls zwecks Unterstützung dieser Kollegen durch Sammlung oder durch Extramarken diese Mittel aufstreifen soll. Materne und Corbes wurden einstimmig als geschäftig anerkannt. Die Fahnenkommission wurde auf ein Jahr wiedergewählt. Rogt fordert auf, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit sofort im Bureau Meldung zu machen und die Kontrollscheine bei Erledigung sofort wieder abzuliefern, damit es nicht wieder vorkommt, daß Kollegen schon wochenlang wieder arbeiten und noch nicht abgemeldet sind. Dann wurde folgende Resolution angenommen: "Die Versammlung beschloß, die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe würdig zu begehen, und zwar in der Weise, daß es jedem Kollegen, der nicht seine Existenz dadurch gefährdet, zur Pflicht gemacht wird, die Arbeit am 1. Mai für den ganzen Tag ruhen zu lassen."

Harburg. Die Mitglieder-Versammlung tagte am Freitag, den 6. April, bei Lamprecht am Karnapp. Nachdem der Kollege Seidenichur die Versammlung eröffnet hatte, erhoben sich die Mitglieder zu Ehren zweier verstorbenen Mitglieder von den Sigen. Hierauf hielt Herr Handelslehrer Zwicker einen Vortrag über "Wirtschaftliche Kämpfe". Redner führte die Versammlung recht wirksam vor Augen, wie die Kapitalistenklasse es versteht, möglichst hohe Profite aus den Knochen der Arbeiter herauszuholen, den Arbeitern aber möglichst niedrige Löhne zu zahlen und wie sie in sozialer Hinsicht freiwillig so gut wie nichts tun. Zum Beweis hierfür verlas Redner einige Stellen aus Arbeitgeberverträgen, wo es als ein Uebelstand bezeichnet wird, daß der Staat Zuschüsse zur Invalidenversicherung zahlt. Redner forderte auf, sich in den Organisationen zusammenzuschließen, um für die Zukunft bessere Zustände zu schaffen. Am Schluß seines Vortrages erntete Redner reichen Beifall. In eine Diskussion wurde nicht eingetreten. Hierauf verlas der Kollege Seidenichur die Abrechnung, zunächst von der Hauptklasse, die eine Einnahme von 6189,90 Mark hatte, der eine Ausgabe in gleicher Höhe gegenüberstand. Reineinnahme wurde bezahlt 81,30 Mk., an Rechtsichtig 6 Mk., Umzugsgeld 15 Mk., Sterbegeld 129 Mk., Poststandsunterstützung 20 Mk., an Erwerbsloste und Kranke 2524 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2807,87 Mk. Die Ausgabe legt sich wie folgt zusammen: Verwaltung 77,28 Mk., Kasse 133,32 Mk., Prozente an die Kassierer 202,95 Mk., Einnahmen 42 Mk., Unterstützungen 26 Mk., Parteibeträge 334,80 Mk., sonstige Ausgaben 60 Mk., Summa 1575,35 Mk. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 1232,52 Mk. Dem Kollegen Seidenichur wurde Entlastung erteilt. Kollege Busch beantragte, vom Kassenbestand 200 Mk. auf der Bank zu belegen, der Antrag wurde angenommen. Ueber die Maifeier referierte Kollege Seidenichur. Er legte kurz dar, daß eine Arbeitsruhe die wichtigste Feier sei. Es wurde beschlossen, überall wo es angeht, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, wo dies nicht angeht, sollen die männlichen Mitglieder verpflichtet sein, mindestens 50 Pf. die weiblichen Mitglieder mindestens 25 Pf. für Maimarken zu zahlen. Ueber die Unterstützung der Mitglieder, die am 1. Mai eventuell ausgesperrt werden, soll in nächster Versammlung verhandelt werden. Ebenso wird Punkt vier, Stellungnahme zur Gaulonferenz, zurückgestellt. Beschlossen wurde noch, die 7 Kollegen, die in der Winterferien Papierfabrik ausgesperrt sind, als gemäßregelt zu betrachten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Harburg. Die Versammlung vom 27. April befaßte sich mit der Maifeier. Kollege Seidenichur legte kurz dar, daß durch die Beiträge der verschiedenen Gewerkschaften die diesjährige Maifeier größere Dimensionen annehmen werde. Da nun der Arbeitgeber-Verband den Beschluß gefaßt habe, die Leute, die den 1. Mai feiern, zehn Tage auszusperrten, und für unsere Mitglieder ein bindender Beschluß, durchaus zu feiern, nicht bestehe, sondern nur die Arbeit dort zu ruhen habe, wo dies die Arbeiter ohne Schädigung ihrer Interessen durchführen können, so könne von einer einheitlichen Regelung der Unterstützungsfrage durch den Verband von vornherein nicht die Rede sein, da dies im Statut nicht vorgesehen sei. Hierauf entspann sich eine rege Debatte, in der Kollege Hartwig anführte, daß die Metallarbeiter beschlossen hätten, ihre Mitglieder, die durch andere Gewerkschaftsbeschlässe in Mitleidenschaft gezogen würden, vom zweiten Tage an zu unterstützen. Er schlug vor, die Gemäßregelten vom zweiten bis vierten Tage aus örtlichen Mitteln zu unterstützen; dann — die Gemäßregelten-Unterstützung in Kraft zu treten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: "Die heutige Mitglieder-Versammlung beschloß, daß alle Metall-Hilfsarbeiter und solche, die durch die Beschlässe anderer Gewerkschaften moralisch verpflichtet sind, am 1. Mai zu feiern, und eventuell gemäßregelt werden, vom Verband zu unterstützen sind. Der Hauptvorstand wird ersucht, diesem Beschluß seine Zustimmung zu geben." Weger glaubt, daß der Arbeitgeber-Verband sich im nächsten Jahre hüten werde, solche Beschlässe zu fassen, wenn er sieht, daß die Arbeiter sich durch solche Beschlässe nicht bange machen lassen. Unter dem 2. Punkt, Wahl des Delegierten zur Gaulonferenz, wurde Kollege Seidenichur einstimmig als Delegierter gewählt.

Zülfeldorf. bei Reinhard. Sonntag, den 29. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, tagte im Restaurant des Herrn Kops hier eine öffentliche Versammlung, wozu der Gaulonferenz Kollege C. Großmann-Hagdeburg erschienen war. Redner schilderte den Gang der Lohnbewegung im Knappischen Steinbruch und wies darauf hin, daß nur durch geschlossenes und dem Statut entsprechendes Vorgehen es möglich ist, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Dieses Vorgehen der Knappischen Arbeiter brachte uns einen Mitgliedererwerb von ca. 200 Personen und einen Stundelohn von 35 Pf., sowie die Abschaffung des Abschlags. Redner kritisierte dann das Verhalten jener Kollegen, die da immer sagen, der Verband tut nichts für uns. Des ferneren weist er auf die Organisation der Gegner hin und schildert die verschiedenen Unternehmervereine, sowie die Zwangsmaßnahmen, und betont dabei, daß wir keine Zwangsorganisationen errichten wollen, sondern daß ein jeder Kollege aus freien Willen organisiert sein soll. Genosse Redakteur Günther-Verband führt, an verschiedene Maßnahmen anknüpfend, aus, daß jeder Arbeiter das geistliche Recht habe, sich mit anderen Arbeitern zusammenzuschließen, auch wenn sie Mitglieder des Metallvereins seien. Aber auch die gewerkschaftliche Zugehörigkeit genüge nicht allein, sondern der Arbeiter müsse sich auch politisch auszubilden suchen. Diese Ausbildung fände er nur allein in der Arbeiterpresse; daraus solle ein jeder die bürgerlichen Zeitungen abheften und — auf das "Vollblatt" abonnieren. Kollege Brandes schloß die Rede ab in den Standesreden. Die Geschäftsstunden seien keine wesentlichen. Große Kräfte und Köpfe liegen dem Stand und Wetter freien Durchgang, Geschäft und Heber werden teilweise von Kassen und Mägen anfertigen, ja sogar fortgeschleppt. Auch die Aborte sollten aller Beschäftigung. S. Weger verpflichtet,

beim Gewerkschaftsleiter vorzulegen zu werden und um Abhilfe zu suchen. Großmann fährt dann aus, daß Abstellen solcher Mängelgehre zu den gewerkschaftlichen Aufgaben, und gibt seiner Freude Ausdruck, daß der anhaltliche Gewerkschaftsleiter nicht so sei wie der Magdeburger, welcher von den Gewerkschaften keine Beschwerden entgegennehme.

Köln. Anfangs April tagte in Nippes eine Versammlung unter der Leitung des Seelbacher Kollegen. Kollege Lindenberg sprach über den Zweck und Nutzen der Organisation. In der Diskussion wurde das Verhalten der Direktion scharf gerügt, weil einigen Arbeitern, welche wegen zu wenig gezahlten Lohnes reklamierten, gesagt worden sein soll, sie würden bei abermaliger Reklamation entlassen werden. Der zum Direktor avancierte Obergeringenier hat ein Gesuch der Arbeiter um Lohnherhöhung kurzerhand abgewiesen. Jedenfalls sollte dadurch der Arbeiter auf die Organisation als das einzige Mittel verwiesen werden, mit dem sie ihre Lage verbessern können. Es haben sich denn auch viele der Organisation angeschlossen.

Konstanz. Die hiesige Ortsverwaltung hielt am 28. und 29. d. Mts. je eine öffentliche Versammlung in Emmishausen und Fürstenberg ab, in welchen Stadtverordneter Wilhelm-Konstanz, über das Thema: "Was haben die Arbeiter zu tun, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern?" referierte. Der Referent schilderte den Aufschwung der freien Gewerkschaften in den letzten Jahren, die schlechten Löhne und die übermäßige Arbeitszeit der Fabrikarbeiter am hiesigen Plage, welchen Uebelständen nur durch eine gesunde, auf freien Füßen stehende Organisation, wie dies der Fabrikarbeiterverband sei, abgeholfen werden könne. Nachdem er noch das Unterstützungsweien bis ins kleinste Detail behandelt hatte, führte er die Ertragsbedingungen der Arbeiter im hiesigen Glaser-, Zimmer-, Sattler- und Malergewerbe an, dann erläuternd, daß sie nur durch den Zusammenstoß möglich gewesen, und forderte zum Eintritt in die Organisation auf.

Köln. Sonnabend, den 21. April, tagte im "Schiffenhaus" unsere Mitglieder-Versammlung, die von 150 Kollegen besucht war. Arbeitersekretär Schmidt-Deffau hielt einen sehr interessanten Vortrag über: "Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation." Aus der Abrechnung ist hervorzuheben, daß im ersten Quartal an 11 Kollegen 153,40 Mk. Erwerbsloste-Unterstützung ausgezahlt wurden. Aufgenommen wurden 158 Kollegen, so daß am Schluß des Quartals 375 Mitglieder waren. Ferner wurde beschlossen, daß wir ebenfalls zum Krankenhaus-Fonds sammeln wollen, und zwar bis zum 1. Oktober, und bitten wir unsere Kollegen, was in ihren Kräften steht, zu geben, damit wir gegen andere Verbände nicht zurückbleiben. Unter Verbands-Angelegenheiten wurde der Betrieb der Anhaltischen Farbenwerke einer kritischen Beleuchtung unterzogen. Trotz des fast ständigen Arbeitermangels kann sich der Mitinhaber, Herr Leberbogen, nicht entschließen, anständige Löhne — der gerade nicht besonders angenehmen dreifachen Arbeit entsprechend — zu bezahlen. So ist nun Herr Leberbogen auf die "Staatshilfe" angewiesen, indem ihm aus der hiesigen Strafanstalt unrentierliche Arbeiter zur Verfügung gestellt werden, die in Kluft-Uniform gekleidet, sogar an den Maschinen beschäftigt werden. Herr Leberbogen ist einer von denen, denen unsere Organisation wie ein großer Stein im Magen liegt. Herr Leberbogen ist mit im Vorstand des Kölscher Arbeitgeber-Verbandes und läßt so manches Mal seine Brut gegen die Kölscher los. Mit der Aufforderung, jeder Kollege soll dafür sorgen, daß wir den letzten Mann zu unserer Organisation gewinnen, schloß der erste Bevollmächtigte die Versammlung.

Köln-Köln. Am 2. Ostertag tagte hier eine Mitglieder-Versammlung. Der Vertrauensmann sprach über: "Zweck und Nutzen der Organisation." Unter "Gewerkschaftliches" wurden auch die Verhältnisse der am Ort befindlichen Strohhof-Fabrik mit in die Diskussion gezogen und es kam zu einer allgemeinen Aussprache wegen der langen Arbeitszeit, der niedrigen Löhne und der sonstigen Mängel, die in dieser Fabrik herrschen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit der Direktion in Verbindung treten sollte, weil der Arbeiterausschuß nicht die Macht besitzt. Man fragte darauf am Dienstag die Direktion, ob sie gewillt sei, mit diesen gewählten Leuten in Verbindung zu treten. Anfangs erklärte dieselbe sich auch bereit, jedoch änderte sie ihren Beschluß später dahin, daß am Mittwoch, den 18. April, eine allgemeine Arbeiterversammlung für die Leute ihres Betriebes in den Fabrikräumen stattfinden sollte. Wir erklärten uns damit einverstanden, wenn ein Vertreter unserer Organisation zugelassen würde. Statt einer Antwort erhielten wir (die Kommission von 5 Mann) die Entlassung mit dem Bemerkten: "Es tut mir leid, daß ich euch, die ihr schon so viele Jahre bei mir in Arbeit seid, entlassen muß, aber die agitatorische Geyerei und Wählererei habe ich satt, und ich will die andern vor euch schützen." Eine Verhandlung mit den Entlassenen wurde von der Direktion abgelehnt, diese wollte nur mit dem Arbeiterausschuß verhandeln. Aber davon waren nur noch 2 Mitglieder in der Fabrik, die anderen waren bereits entlassen. Die Arbeiter erklärten sachlich und bestimmt, die entlassenen Kollegen seien keine Wähler und Heher, sondern die Beauftragten der Arbeiter. Es wurde ab 1. Mai eine Lohnherhöhung von 2 Pf. pro Stunde zugesagt und die Entlassenen wieder eingestellt.

Bägerdorf. In der Versammlung am 6. April wurde die Abrechnung vorgelegt. Es wurden 61 Mitglieder aufgenommen. Ausgetreten sind 8 und 2 wurden wegen Vorkottbruchs ausgeschlossen. Es wurde gewünscht, die Versammlungen regelmäßig abzuhalten und die Zustände auf den Fabriken mehr zu besprechen. Außerdem soll auch ein Flugblatt herausgegeben und eine Hausagitation veranstaltet werden. Außerdem haben sich die Verbandskollegen bei Versammlungen besser an ihre Pflicht zu erinnern und diese zu besuchen. Nur dann wird es möglich sein, eine Besserung der Zustände auf den hiesigen Zementfabriken herbeizuführen. Die Firma Wörn war imstande, für das letzte Jahr eine Dividende von 12 Prozent, die Breitenburger Zementfabriken eine solche von 8 Prozent auszutreten. Die Arbeiterchaft hat davon sehr wenig profitiert. Sagen im Januar d. J. wurden überall auf den hiesigen Fabriken große, weihin sichtbare Plakate angehängt, wodurch den Arbeitern bekannt gemacht wurde, daß die Firma sich veranlaßt sehe, mit dem 15. März eine Lohnherhöhung einzutreten zu lassen, weil die Lebensmittel teurer geworden seien. Der Tagelohn wurde von 2,40 auf 2,70 Mk. gesetzt. Der Brennerlohn beträgt 3,50 gegen 3,35 Mk. im Vorjahre. Der Hauptgrund der Zulage war auch wohl nur der, um recht viele sogenannte Sommervögel nach hier zu ziehen. Bei der Breitenburger Firma war von einer Lohnzulage überhaupt nicht die Rede. Die Brenner haben mit Ach und Krach einen Lohn von 3,40 Mk. bewilligt bekommen, diejenigen vom Nebenwerk, der ehemaligen Lönischen Fabrik, bekommen nur 3,30 Mk., und bei diesem Lohn müssen die Arbeiter alle 14 Tage eine 24stündige Schicht machen. Die Folgen dieser Verhältnisse bleiben nicht aus, sie wirken direkt demoralisierend auf einen großen Teil der Arbeiter, denn die Veranstellungen des hiesigen Kartells, wie Vorkottvorträge und dergleichen, lassen sehr viele kalt, dafür erstreuen sich die kümmerlichsten eines desto größeren Aufschwungs.

Blauenfelder Grund. Sonntag, den 23. April, tagte unsere Quartalsversammlung im "Deutschen Haus" zu Vorkottappel. Nach einigen Erklärungen des Kollegen Wolf über: "Die Aufgaben, den Zweck und Nutzen der nächsten Gaulonferenz" wurde zur Wahl der Delegierten geschritten. Gewählt wurden die Kollegen Vinte, Anders und Müller. Beschlossen wurde ferner, den Antrag zu stellen, daß sich der Goutag damit beschäftigen soll, auf dem Verbandstage dahin zu wirken, daß zur Krankmeldung drei Tage Karenzzeit eingeführt werden. Dann gab Kollege Wolf den Kassenbericht, der wieder von erntlichem Aufschwung und günstiger Entwicklung unserer Zahlstelle Kenntnis gab. Dem Verbands wurden wieder 260 neue Mitglieder zugeführt. Auch der Vertragsmarken-Verlauf sei zufriedenstellend, indem über 2500 Marken in diesem Quartal mehr verkauft wurden. Es kommt dies daher, weil die Kollegen ihre Mitgliedsbücher in Ordnung halten müssen, wenn sie Erwerbslosteunterstützung usw. erhalten wollen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf wurden nach kurzer Debatte neun Kollegen, die sich bei der jetzigen Form- und Gießereiarbeiterbewegung unzufrieden verhalten, ausgeschlossen. Mit einer kurzen Anweisung an die zurückbleibenden und ausgesperrten Kollegen, in dem schweren Kampfe anzuharren und nicht zu wanken und zu weichen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.